Nr. 12. ✦ 33. Jahrgang. Berlin, 21. März 1925

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Monatliche Beilage: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Inserate: Die 6gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum nach Goldmark 50 Pf., Arbeitervermittlungen 30 Pf., Verbandsanzeigen 20 Pf. pro Zeile.

Weckruf

Wir glaubten schon, der Morgen sei
Aus schwerer Nacht heraufgedämmert,
Wir glaubten schon, wir hätten frei
Uns von dem letzten Ring gehämmert.
Der letzte Ring der Kette sei
Zersprengt, und vor dem frohen Schreiten
In neue, blühendschöne Weiten
Versänke alle Barbarei.

Und nun? Das Siegeslied verklang.
Es heult Triumph der Gegner Meute.
Die Welt geht ihren alten Gang,
Und was du schaffst, ist billige Beute.
Die Arbeit hier und dort das Gold
Begehren dort und hier Entbehren,
Das Recht gelähmt, gedrückt der Sold,
Und matt der Mut, sie zu vermehren.

So manche Stirn senkt sich geduckt
Und feig tyrannischem Befehle,
Als hätte nie ein Strahl gezuckt
Erkenntnisfroh durch Hirn und Seele.
So mancher schleicht mit bösem Mund
Durch Werkstatt und erzürnte Gassen
Und wirft die Schuld auf unsern Bund
Und weiß nichts, als ergrimmt zu hassen.

Wahrheit heraus! Und ausgelullt
Den lügnerischen Schlaf, den schlechten:
Es brütet bergegroß die Schuld
Im eignen Lager: bei den Knechten.
Die vor den Brüdern sich versteckt,
In sich den Menschen nicht entdeckt,
Die Früchte ernten und nie pflügen,
Sie sinds, die sich und uns betrügen.

Die Säge surrt, der Hobel pfeift,
Es kreischen zitternd die Maschinen.
Mit tausend blanken Fingern greift
Der Tod nach allen, die hier dienen.
Das Schicksal schlug in eine Hast
Der Proletarier graue Masse.
Heut' opfert sie die letzte Kraft,
Und morgen grinst um sie die Gasse.

Sind wir nicht eines Fluches Fraß?
Nicht Opfer einer Weltgeberde?
Ihr meßt so oft. Fehlt euch das Maß
Für eure eigene Beschwerde?
Ach, mit gedankenvollen Mienen
Neigt ihr tagein, tagaus die Stirn
Auf euer Werk. Kann denn das Hirn
Nicht auch einmal euch selber dienen?

Und wär' es nur zum Zeitvertreib,
Es würde spielend dies verstehen:
Wir alle, alle sind ein Leib
Und müssen eines Weges gehen.
Was sonst? Der Einzelne verweht
Im Daseinssturm wie eine Feder,
Und nur das Ganze trotzt und steht,
Hältst du zu ihr und du und jeder.

O simple Wahrheit, tausendfach
Und wieder tausendfach verkündet!
Uns hat nicht nur das Weh und Ach,
Nicht nur die Fron hält uns verbündet.
In allen treibt der gleiche Schlag
Des Herzens freudig alle Säfte:
Hell vor uns steht der neue Tag,
Erschaffen durch die Kraft der Kräfte.

Die Säge surrt, der Hobel pfeift.
O, Bruder, horch auf die Maschinen:
Weil dein Gedanke sie ergreift,
Muß jedes Rad dem Ganzen dienen.
Was sind sie, schlägst du sie zu Stück?
Und wir, vereinzelt rings im Lande?
Es blüht das schöpferische Glück
Auch uns, auch uns nur im Verbande.

Ernst Preczang.

Der Kampf um die Aufwertung.

Von Wilhelm Keil.

Hört man die monarchistischen Hetzer, die ihre eigene Schuld am Unglück Deutschlands auf andere abwälzen möchten, so liegt die Ursache des größten Geldentwertungsprozesses aller Zeiten, den Deutschland in den letzten Jahren erlebt hat, in der Revolution und in der angeblichen „Mißwirtschaft" der Linksregierungen, die nach der Revolution am Ruder waren. Wer mit einem Mindestmaß von Sachkenntnis und Ehrlichkeit ausgestattet ist, der weiß jedoch, daß die frivole Kriegsfinanzierungspolitik der alten kaiserlichen Regierung und die Steuerscheu der mit patriotischen Redensarten um sich werfenden großkapitalistischen Schichten jene ungeheure Enteignung zur Folge gehabt haben, die mit der Entwertung der deutschen Mark verbunden war. Damit den besitzenden Schichten trotz der langen Dauer des Krieges die Kriegslaune nicht verdorben werde, ließ man sie soviel wie möglich an Kriegslieferungen verdienen und verschonte sie mit den Steuern, auf die eine gewissenhafte Regierung während eines milliardenverschlingenden Krieges nicht verzichten darf. Man führte den Krieg fast nur mit Anleihen. Da während des Krieges naturgemäß Anleihen im Ausland nicht zu bekommen waren, nahm man sie im Inland auf. Im Inland aber ließen sich die fabelhaften Summen nur beschaffen durch Erzeugung unbegrenzter Papiergeldmengen. Bis zum Zusammenbruch der kaiserlichen Herrlichkeit Ende 1918 hatte es Deutschland bereits auf das nette Schuldensümmchen von rund 130 Milliarden Mark gebracht. Die Mark galt damals im allgemeinen noch als Goldmark, wenn sie auch im Verhältnis zum Dollar schon fast ein Viertel ihres Wertes verloren hatte.

Als die große Niederlage der deutschen Militärmonarchie im Weltkriege offen zutage trat, sank die Mark rasch weiter in die Tiefe. Die gewaltige Kraftanstrengung, die im Jahre 1919 unter sozialdemokratischem Druck gemacht wurde, den Reichshaushalt mit Hilfe scharfer Besitzsteuern ins Gleichgewicht zu bringen und der weiteren Markentwertung vorzubeugen, mißlang, weil die Steuerbehörden erst neu geschaffen werden mußten, die man zur Durchführung der Steuern brauchte, und weil die hierdurch entstehende Verzögerung von den Besitzenden und ihren politischen Vertretern zum Kampf gegen die ihnen zugemuteten Opfer ausgenutzt wurde. Hinzukam dann noch der Ruhrkrieg, der durch nationalistische Tiraden heraufbeschworen und, genau wie der Weltkrieg, statt mit Steuern mit den Erzeugnissen der Notenpresse bezahlt wurde. In dem Maße aber, in dem die Papiergeldmassen anwuchsen, mußte die Kaufkraft der Papiermark schwinden. So kam es, daß wir im Herbst 1923 für einen Gegenstand, den wir vor dem Kriege um 1 Mark kaufen konnten, Millionen, dann Milliarden und schließlich sogar eine Billion Papiermark zahlen mußten.

Mit dieser furchtbaren Entwertung der Mark hatten auch alle in Bargeld bestehenden Vermögensanlagen ihren Wert so gut wie vollständig verloren. Wer im Besitz von Anleihestücken des Reichs (hier spielte die Kriegsanleihe die Hauptrolle), der Länder und Gemeinden war, wer Industrieobligationen gekauft hatte, wer sein Geld in einer Grundstückshypothek, in einem Darlehen angelegt, wer seine Ersparnisse der Sparkasse anvertraut hatte, bekam keinen Zins mehr, weil ja die Zinsberechnung tausendmal mehr kostete, als der Zinsbetrag wert war, und auch der Kapitalbetrag war wertlos geworden. Der Glaube, daß es je gelingen könne, diese Schuldforderungen und Guthaben ganz oder auch nur zum Teil wieder in Goldwerte zurückzuverwandeln, fand kaum noch Anhänger.

Da erging plötzlich zu dem Zeitpunkt, als — leider viel zu spät! — der Ruhrkrieg beendet, durch wertbeständige Steuern Einnahmen und Ausgaben des Reichs ins Gleichgewicht gebracht, die Notenpresse stillgelegt und die feste Rentenmark herausgegeben worden war, in Vermögensstreitfällen eine Reihe von Gerichtsurteilen, wonach der Schuldner dem Gläubiger sein Kapital nicht in entwerteten Papiersetzen, sondern nach dem Goldwert oder in einem Betrag zurückzuzahlen habe, der dem sachlichen Nutzen, den der Schuldner von dem geliehenen Gelde hatte, entsprach.

Da die Regierung, unter Führung des damaligen Finanzministers (jetzigen Reichskanzlers) Luther, von der allgemeinen Durchführung der Grundsätze dieser Gerichtsurteile eine neue Erschütterung der eben erst geschaffenen Rentenmarkwährung befürchtete, errichtete sie in der dritten Steuernotverordnung vom 14. Februar 1924 einen Damm gegen die Aufwertungsbestrebungen. Die Verzinsung und Rückzahlung der Anleihen des Reichs, der Länder und Gemeinden (dieser mit wenigen Ausnahmen) wurde durch diese Verordnung für ausgeschlossen erklärt. Private Schulden (Hypotheken, Obligationen, Darlehen usw.) sollten — aber erst vom Jahre 1932 an — mit 15 Prozent ihres Goldwertes zurückgezahlt und bis dahin mit äußerst geringen Sätzen verzinst werden. Sparkassen, Lebensversicherungen usw. sollten ihren Einlegern und Versicherten soviel zurückgeben, als sie selbst aus der 15prozentigen Hypothekenaufwertung von ihren wieder ausgeliehenen Einlagegeldern zu retten vermochten. Das waren bestenfalls 2 bis 3 Prozent der eingezahlten Beträge.

Diese völlige Ungültigerklärung aller öffentlichen Anleihen und das war der Sinn der dritten Steuernotverordnung, und die Vernichtung von mehr als 85 Prozent des Geldwertes aller Privatschulden und Sparkassenguthaben [illegible] bei den Gläubigern sofort auf starken [illegible], auch die Parteien nahmen zu der Sache Stellung. Lediglich aber die Sozialdemokratie anerkannte, daß die größte Vermögensverschiebung und -vernichtung aller Zeiten sich hinterdrein nicht restlos rückgängig machen lasse, und daher nur Anträge stellte, die namentlich den kleinen Gläubigern und Sparern in höherem Maße zu ihrem Recht verhelfen sollten, im übrigen als oberstes Ziel die Aufrechterhaltung der wiedergewonnenen festen Währung betrachtete, trieben die Rechtsparteien ein leichtfertiges agitatorisches Gaukelspiel mit den enteigneten Gläubigern und Sparern. Die Deutschnationalen besonders versprachen den hungernden Kleinrentnern volle Aufwertung ihrer Ansprüche und erreichten damit bei den Maiwahlen zum Reichstag in diesen Volkskreisen einen starken Stimmenzuwachs. Obgleich sie bis zum Dezember von ihren Versprechungen nichts erfüllt hatten, wiederholten sie das Spiel bei den Dezemberwahlen, und wiederum gelang es ihnen, die hoffenden und harrenden Opfer der Inflation vor ihren Parteikarren zu spannen.

Nun sind die Deutschnationalen maßgebend in der Reichsregierung vertreten. Ihr Führer, Dr. Hergt, hatte für den ersten Tag ihrer Regierungstätigkeit eine Aufwertungsvorlage angekündigt. Aber mehr als zwei Monate sind verstrichen seit ihrem Regierungseintritt, und noch sieht man nichts von der Vorlage. Die Rechtsregierung hatte am 5. Februar dem Reichstag versprochen, binnen drei Wochen einen Gesetzentwurf vorzulegen. Auch dies Versprechen ist gebrochen worden! Warum das alles? Weil in der Deutschnationalen Partei und in der Regierung der Einfluß der Großindustrie und der Großlandwirtschaft unendlich viel größer ist als der der armen Gläubiger und Sparer. Großindustrie und Großlandwirtschaft haben den Profit von der Geldentwertung gehabt. Ihre Schulden konnten sie mit wertlosen Geldscheinen zurückzahlen. Sie wollen nicht nachträglich alte Verpflichtungen gegenüber ihren Gläubigern anerkennen. Sie wollen auch keine Steuern zahlen von ihren reichen Inflationsgewinnen. Sie fordern weitere Steuererleichterung, und die Regierung Luther kommt ihnen entgegen. Die Rechtsparteien und die Regierung müssen jetzt offen Farbe bekennen und öffentlich eingestehen, daß sie die Gläubiger und Sparer nur mit schwindelhaften Wahlversprechungen zur Befriedigung ihres politischen Machthungers mißbraucht haben.

Für die Arbeiterschaft, die zum Teil selbst zu den betrogenen kleinen Gläubigern und Sparern gehört, ist die Stellungnahme in diesem Kampfe, in dem die Deutschnationalen zur völligen Demaskierung gezwungen werden müssen, höchst einfach. Sie muß fordern, daß die reichen Sachwertbesitzer den um ihr Bargeldvermögen gebrachten armen Teufeln soviel zurückgeben, wie ohne ernsten Schaden für die Gesamtwirtschaft tragbar ist. Dabei ist zu beachten, daß die Leistungsfähigkeit des Großkapitals seit der Markstabilisierung gewachsen ist. Auch die öffentlichen Anleihen dürfen von der Verzinsung und Rückzahlung nicht völlig ausgeschlossen bleiben, die hierfür erforderlichen Mittel aber sind zu beschaffen durch Besteuerung derjenigen, die trotz allgemeiner Volksverarmung ihre großen Vermögen erhalten oder vermehrt, und derjenigen, die durch Spekulationen auf Kosten der Mark die Währungsnot des deutschen Volkes ins grauenvolle gesteigert haben. Die Lohn- und Gehaltempfänger sind, selbst wenn sie keine Spargroschen zu verlieren hatten, durch die Geldentwertung so furchtbar mitgenommen worden, daß man ihnen neue Opfer nicht auferlegen darf.

Im Massentritt

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr wie halbe Macht.
Formt aus vielen Vielen Einen,
Hebt den Mut der bangen Kleinen,
Läßt das Schwerste leicht erscheinen.
Zeigt die Ziele uns, die reinen,
Näher, schärfer uns die Schatten,
Als wir auf dem Korn sie hatten.

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr wie halbe Macht.
Nah'n im Takt wir einige Hundert,
Ist da keiner, der sich wundert,
Nah'n im Takt wir einige Tausend,
Wird sein Ohr schon mancher recken,
Nah'n im Takt wir Hunderttausend —
Ja, dies Dröhnen wird sie wecken!

Takt! Takt! Auf Takt habt acht!
Der ist mehr wie halbe Macht.
Wenn in solchem Takt wir schreiten
Fest von Norwegs Uferweiten
Bis zum höchsten Katarakte —
Kommen alle wir im Takte —
Schwinden Herren, schwinden Knechte,
Helfen jedem wir zum Rechte!

Björnson.

Präsidentschaftskandidaturen.

Für die Wahl des Reichspräsidenten, die normalerweise spätestens im Juni dieses Jahres hätte stattfinden müssen, hatten die schwarzweißroten Monarchisten umfassende Vorbereitungen getroffen. Dazu gehörte die Prozeßführung vor dem Magdeburger Schöffengericht gegen Eberts Verleumder, dazu gehörte die Aufmachung der Barmat-Affäre und so manches andere, das dazu bestimmt war, die Republik zu diskreditieren und eine eventuelle Kandidatur Ebert unmöglich zu machen. Nur eins hatten die schlauen Herrschaften vergessen: Sie hatten noch keinen geeigneten Kandidaten für die Präsidentschaft. Dazu kam, daß die so sauber eingefädelten Aktionen sich schließlich gegen ihre Urheber richteten, und das schnelle Hinscheiden Eberts, das die Spieler zum vorzeitigen Aufdecken ihrer Karten zwang, brachte sie vollends in Verlegenheit.

Die Rechtsparteien hatten ein gemeinsames Komitee unter dem Vorsitz des früheren königlich preußischen Ministers v. Loebell eingesetzt, in dem nicht nur die rechtsgerichteten politischen Parteien, sondern auch mit diesen sympathisierende sonstige Organisationen vertreten waren. Hier wurde auch Herr Stegerwald einmal als ernsthafter Bewerber um die Kandidatur genannt. Er teilte dieses Los mit einer ganzen Reihe anderer Männer, die vor ihm und nach ihm auf den Schild erhoben wurden. Aber merkwürdigerweise, und man kann das als ein Anerkenntnis für das Erstarken des republikanischen Gedankens im deutschen Volke betrachten: Unter all den vielen Kandidaten, die von dem monarchistischen Ausschuß in Betracht gezogen wurden, war nicht ein ausgesprochener Monarchist, der unter dem alten Regime eine hervorragende Rolle gespielt hat.

Auf der Linken bestand Einmütigkeit darin, daß die Wahl eines rechtsgerichteten Politikers verhindert werden müsse. Dagegen waren die Ansichten über die einzuschlagende Taktik geteilt. Den Sozialdemokraten wurden starke Vorwürfe gemacht, daß sie kurz entschlossen einen eigenen Kandidaten aufstellten. Gegen den Kandidaten selbst können ernsthafte Einwendungen kaum erhoben werden. Otto Braun war vier Jahre lang preußischer Ministerpräsident. Unter seiner Regierung ist Preußen von all den Erschütterungen verschont geblieben, die in anderen deutschen Ländern das Staatsgefüge ins Wanken gebracht haben. Selbst scharfe politische Gegner haben die hohen staatsmännischen Tugenden Otto Brauns anerkannt, die das erste Erfordernis für den Reichspräsidenten sind. Im Zentrum und bei den Demokraten war man aber verstimmt. Man hatte hier erwartet, daß die Sozialdemokraten auf eine eigene Kandidatur verzichten und sich für die Aufstellung des Zentrumsmannes Marx als gemeinsamen republikanischen Kandidaten entscheiden würden.

Die Aufstellung von Otto Braun verursachte den bürgerlichen Linksparteien auch einige Verlegenheit. Die vom Reichstag vorgenommene Wahl des Reichsgerichtspräsidenten Simons zum stellvertretenden Reichspräsidenten brachte den Demokraten die Erleuchtung. Sie schlugen dem Loebellschen Wahlausschuß Simons als gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten vor. Lange hielt diese Kandidatur nicht vor. Ob Simons ablehnte oder abgelehnt wurde, ist nebensächlich, jedenfalls waren die Demokraten und mit ihnen das Zentrum damit in den Loebellschen Wahlausschuß geraten; der Bürgerblock war fertig.

Hier tauchte nun die Kandidatur des Reichswehrministers Geßler auf, der noch nicht aus der demokratischen Partei ausgetreten ist, aber trotzdem auf der Rechten viele Sympathien genießt. Um Geßler tobten heroische Kämpfe, in denen besonders die Reichsminister gegeneinander fochten. Im Zentrum war starke Neigung vorhanden, sich für Geßler zu entscheiden, da wurden aber seine Vertreter im Loebell-Ausschuß brüskiert. Sie zogen sich zurück und proklamierten Marx als ihren Kandidaten. Jetzt mußten auch die Demokraten eine eigene Entscheidung treffen, und sie erhoben den badischen Staatspräsidenten Hellpach auf den Schild.

Der Loebell-Ausschuß kam nun auf den Vorschlag zurück, der schon früher dort eifrig empfohlen, aber wieder fallengelassen worden war, den Oberbürgermeister Jarres aus Duisburg, der früher Reichsminister des Innern war. Seine Parteistellung ist unbestimmt; er dürfte der Volkspartei ebenso nahestehen wie den Deutschnationalen. Man rühmt ihm nach, daß er ein tüchtiger Kommunalbeamter sei, was aber nicht gerade eine besondere Empfehlung für das Amt des Reichspräsidenten ist, das einen erfahrenen Politiker von feinem Takt erfordert. Als Politiker ist Jarres besonders dadurch berühmt geworden, daß er seinerzeit dafür eintrat, das Rheinland versacken zu lassen, um es nach zehn Jahren wiederzuholen. Das spricht nicht gerade für politischen Weitblick.

Nach der Aufstellung der Kandidaten ist zu erwarten, daß die Entscheidung am 29. März noch nicht fällt, sondern daß ein zweiter Wahlgang erforderlich wird, der erst am 26. April die Entscheidung bringen wird. Außer den hier Genannten ist noch der Kommunist Thälmann aufgestellt, und es ist nicht unmöglich, daß bis zum Ablauf der Anmeldefrist noch weitere Kandidaten genannt werden. Für die Arbeiterschaft kommt nur Otto Braun in Betracht, der nach seiner ganzen Vergangenheit die beste Gewähr dafür bietet, daß er der würdigste Nachfolger Friedrich Eberts wäre.

Volks-, Berufs- und Betriebszählung.

Auf Beschluß des Reichstages findet am 16. Juni 1925 eine Berufs- und Betriebszählung statt, mit der eine allgemeine Volkszählung verbunden wird. Volkszählungen wurden früher regelmäßig alle fünf Jahre vorgenommen, seit dem Jahre 1910 konnte aber eine solche Zählung nicht mehr veranstaltet werden. Weit wichtiger aber noch als die Volkszählung ist die Berufs- und Betriebszählung, die uns Aufschluß geben soll über die wirtschaftliche Struktur Deutschlands. Die letzte Berufs- und Gewerbezählung wurde im Jahre 1907 vorgenommen, damals waren seit der letztvorausgegangenen Zählung im Jahre 1882 15 Jahre verstrichen. Dieser Zeitraum zwischen zwei Zählungen wurde allgemein als zu lang empfunden, leider war es aber seither nicht möglich, eine neue Erhebung zu veranstalten, obwohl in den seither verstrichenen 18 Jahren so starke Veränderungen eingetreten sind, daß die Ergebnisse der Zählung von 1907 heute völlig veraltet sind. Bei der Zählung am 16. Juni sollen auch die Vermögensverschiebungen und Betriebsveränderungen statistisch erfaßt werden.

An alle Arbeiterinnen in der Holzindustrie!

Euch, arbeitende Frauen und Mädchen in der Holzindustrie, gilt der Ruf. Ihr sollt mithelfen, eine ungeheure Gefahr zu bannen. Schwere Kämpfe müssen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete geführt werden. Unsere männlichen Kollegen sind trotz der Ausdauer und der Zähigkeit, mit der sie gewohnt sind, für ein menschenwürdiges Dasein zu kämpfen, ohne uns Frauen und Mädchen nicht stark und mächtig genug, einen vollen Sieg zu erringen. Sind wir doch in vielen Betrieben in der Mehrheit. Gerade in der Holzindustrie hat die Frauenarbeit in den letzten Jahren stark zugenommen. Es gibt kaum noch ein Arbeitsgebiet, in das wir noch nicht eingedrungen sind. Die Unternehmer sehen in uns billige und willige Arbeitskräfte. Darum müssen wir mit unseren männlichen Kollegen Hand in Hand arbeiten.

Das Unternehmertum hat zurzeit durch Verfälschung des Volkswillens eine Macht erlangt wie noch nie. Alle Pläne, die seit Jahren zur wirtschaftlichen und sozialen Verschlechterung der Arbeiterklasse geschmiedet sind, sollen durch die jetzige Reichsregierung im Interesse der Unternehmer ihre Erfüllung finden. Die Republik soll gemeuchelt werden und mit ihr alle Errungenschaften der Arbeiterschaft verschwinden. Jede Völkerverständigung, die zu einem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstieg der ganzen Menschheit führen würde, wird hintertrieben. Die schärfsten Vertreter der sozialen Reaktion beherrschen heute die deutsche Reichsregierung.

Kampf gegen den Achtstundentag, Kampf gegen jede Lohnerhöhung. Kampf gegen soziale Verbesserung, ja, sogar Abbau der sozialen Einrichtungen ist das Ziel dieser Scharfmacher, die heute neben der wirtschaftlichen auch die politische Macht haben. Dazu kommt die große Gefahr einer allgemeinen Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel durch Erhöhung der Industriezölle und Wiedereinführung der landwirtschaftlichen Zölle. Die Lasten, welche der unheilvolle Krieg dem deutschen Volk auferlegt hat, sollen in nächster Zeit verteilt werden. Die jetzigen Machthaber denken nicht daran, diese Lasten auf Grund der Leistungsfähigkeit zu verteilen. Die arbeitenden Massen sollen die Opfer bringen, damit die Gewinne derjenigen, die es während und nach dem Kriege verstanden haben, sich ihren Vorteil zu sichern, nicht geschmälert werden. Das Unternehmertum ist sich seines Sieges gewiß. Es hofft auf die restlose Erfüllung seiner Pläne, hat es doch zurzeit die alleinige Verfügungsgewalt über Steuern, Zölle, ja, über die ganze Gesetzgebung. Das kann und darf nicht so weitergehen. Mit aller Entschiedenheit müssen sich die arbeitenden Massen dagegen wenden.

Ihr Frauen und Mädchen, die ihr am meisten unter Not und Elend zu leiden habt, ihr Mütter, die ihr euern Kindern das Notwendigste versagen müßt, deren Herz oft zu zerbrechen droht, wenn sie ihren Kindern ein zweites Stückchen Brot versagen müssen, wollt ihr länger zusehen, wie eure Kinder bleich und abgemagert mit fadenscheiniger, lichter Kleidung einhergehen, während die Kinder derer, die von eurer, eurer Männer und eurer Kinder Arbeit leben, all ihre Wünsche erfüllt sehen? Wollt ihr weiter hungern und zusehen, wie eure Kinder körperlich und gesundheitlich zusammenbrechen? Haben nicht eure Kinder genau dasselbe Recht, gut genährt und anständig gekleidet zu werden? Schafft nicht ihr die Werte durch eurer Hände Arbeit? Steht nicht ihr von früh morgens bis spät abends im Betrieb an der Maschine oder an irgendeinem anderen Arbeitsplatz? Habt ihr nicht ein Recht, zu verlangen, soviel zu bekommen, daß eure und eurer Kinder so bescheidenen Wünsche erfüllt werden können?

Wollt ihr Frauen, daß der Achtstundentag wieder abgeschafft wird? Er muß gerade in euerm Interesse erhalten bleiben. Dort, wo er bereits auf Grund der wirtschaftlichen Macht, über welche die Unternehmer verfügen, aufgehoben ist, muß er wieder eingeführt werden. Ist es nicht ein Bild des Jammers, zu sehen, wenn früh morgens das Liebste der Mütter im zartesten Alter aus dem warmen Bettchen genommen und in fremde Obhut gebracht werden muß? Kinder, die der Mutterliebe und Aufopferung der Mutter bedürfen, müssen zu fremden, vielfach lieblosen Leuten gebracht werden. Wie oft wird eine Mutter mit Tränen in den Augen und bitteren Gefühlen gegen die heutige Gesellschaft, die sie zwingt, ihr Liebstes wegzugeben, diese für die Mutter ach so schwere Arbeit vollbringen. Sind die Frauen schon gezwungen, mitzuarbeiten, weil der Lohn des Mannes nicht ausreicht, seine Familie zu ernähren, so muß die Arbeitszeit möglichst kurz sein, damit einige Stunden für die Familie bleiben.

Entschieden und mit aller Macht muß der Kampf gegen jede Rückwärtsrevidierung der Sozialpolitik geführt werden. Die heutigen sozialen Leistungen sind außerordentlich niedrig, sie bedürfen dringend einer ganz gewaltigen Erhöhung. Trostlos sind die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Arbeitsinvaliden. Mit oft nur 14 Mk. monatlich speist man diese alten abgearbeiteten Leute ab. Und da glauben die Unternehmer noch eine Kürzung der Renten vornehmen zu können, obwohl die Arbeiterschaft den größten Teil dieser sozialen Unterstützung selbst aufbringt. Ausgebeutet und ausgenutzt werden wir bis zum letzten. Die Arbeitskraft soll behandelt werden wie zur Zeit der Sklaverei. Zum Dank dafür, daß wir unser ganzes Leben lang fleißig arbeiten, werden wir, alt und aufgebraucht, auf das Pflaster geworfen. Ein Sklavenhalter war bemüht, den Sklaven, den er bis an sein Lebensende erhalten mußte, gut zu ernähren, um seine Arbeitskraft lange zu erhalten. Heute kümmert sich kein Unternehmer darum, ob der Lohn ausreicht, die verbrauchte Arbeitskraft zu erneuern. Für ihn ist bestimmend, daß ein möglichst hoher Gewinn erzielt wird.

Ein schwerer Kampf wird geführt um die Arbeitslosenunterstützung. Jetzt ist endlich erreicht, daß die Arbeiterin mit den Männern in der Unterstützung gleichgestellt ist. Nicht jeder soll die Arbeitslosenunterstützung bekommen, sondern nur die Bedürftigen. Was bei dem sozialen Verständnis, das heute bei den meisten Behörden herrscht, als Bedürftigkeit angesehen wird, wissen diejenigen am besten, welche das Unglück hatten, erwerbslos zu sein. Ohne Unterschied werden den Arbeitern die Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge abgezogen. Anspruch auf Unterstützung soll nur haben, wen die Behörde für bedürftig hält.

Die Einführung der Schutzzölle hält seit langem die breiten Massen in Bewegung. Eine ungeheure Preissteigerung muß ihre Folge sein. Mehr Not, mehr Elend wird über uns hereinbrechen. Millionen von Menschen gehen dabei zugrunde. Wir Frauen und Mädchen wollen und müssen mithelfen, dies zu verhindern. Ist es nicht möglich, dies ganz zu verhindern, so gilt es, den Kampf mit dem Unternehmertum aufzunehmen, um einen Lohnausgleich herbeizuführen. Die Massen haben lange genug gehungert. Sie sind nicht in der Lage, noch mehr zu hungern, um all die Lasten, die ein verbrecherischer Krieg, den unverantwortliche Elemente heraufbeschworen haben, mit sich gebracht hat, allein zu tragen.

Den Kampf gegen all die Verschlechterungen, die das Unternehmertum in allernächster Zeit zu führen gedenkt, hat die Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit aufzunehmen. Siegreich werden wir ihn bestehen, wenn wir als eine geschlossene Macht, als etwas Großes, Ganzes, Unüberwindliches auftreten. Manchen ihrer Wünsche hätten die Unternehmer heute schon durchgeführt, wenn nicht die Gewerkschaften, die einen Machtfaktor darstellen, der nicht ohne weiteres ausgeschaltet werden kann, gewesen wären. Unzählige Verschlechterungen haben sie aufzuhalten verstanden. Zahlreich und sehr bedeutend sind die Verbesserungen, die sie geschaffen haben.

Deshalb, ihr Frauen und Mädchen, die ihr nicht vor Kummer und Sorge zugrunde gehen wollt, die ihr bestrebt seit, euer und eurer Kinder Los zu verbessern, hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband, der bisher schon alles daransetzt hat, unser Dasein zu einem erträglichen zu gestalten. Geht hinein in die Gewerkschaft, nicht nur, um Mitglieder zu sein, sondern als eifrige Mitarbeiterinnen an dem großen Befreiungswerke.

Lina Ammon.

Die Internationale der Holzarbeiter ruft!

Die Gewerkschaftsbewegung vieler Länder hat in jahrzehntelangem Ringen wesentliche Besserungen in der Lage der Arbeiterklasse zu erzielen gewußt. Aus einer Lage materieller und geistiger Entwürdigung und Knechtschaft sind die Arbeiter zu einem gewissen sozialen Wohlstand emporgestiegen, während sie geistig zu klassenbewußten Menschen geworden sind, die an Leben und Gesellschaft ihre Forderungen stellen, um ihre soziale Lage noch weiter zu verbessern.

Dies trifft gewiß auch in starkem Maße auf die Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterklasse Deutschlands zu. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung war und ist den Arbeitern vieler anderer Länder ein Beispiel, das zur Nachahmung anspornt.

Der Kampf der Arbeiter hat durch die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse neue Formen angenommen, welche sich als gebieterisch notwendig herausstellten, angesichts des Vorgehens der gegnerischen Klasse, der Klasse der Unternehmer und Kapitalisten, welche in den einzelnen Ländern immer mehr zu Mitteln und Methoden greifen, die in internationalem Einvernehmen beschlossen worden sind. Das heißt, daß die Unternehmer der verschiedenen Länder sich zu einer immer stärkeren Weltmacht zusammenschließen, um den gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterorganisationen zu führen und die Erfolge des gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiterschaft zu vernichten. Im internationalen Maßstabe versuchen die Unternehmer, die Löhne der Arbeiter immer mehr herabzudrücken, die Arbeitszeit zu verlängern und die Arbeiter zu ihrer früheren Lage der Versklavung und des Elends herabzuwürdigen. Es ist Aufgabe und Pflicht der Arbeiterschaft, sich dagegen durch eine starke internationale Kampforganisation zu wehren.

Aber der Aufbau einer kampffähigen, internationalen Bewegung ist geradezu unmöglich, wenn sie sich nicht auf starke, nationale Organisationen stützen kann. Ein großes Heer kann sich nur dann zum gut organisierten Angriff oder zur meisterhaften Verteidigung anschicken, wenn alle Einheiten kräftig und diszipliniert dastehen.

Die deutschen Holzarbeiter der verschiedenen Branchen, welche auch heute noch unorganisiert sind, vernachlässigen ihre eigenen sowie die Interessen ihrer Familie und ihrer organisierten Klassenbrüder. Sie legen damit einen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl an den Tag, der fast als Verbrechen bezeichnet werden muß.

In dieser Periode des starken Zusammenschlusses der Unternehmer in nationalem und internationalem Rahmen, in dieser Periode der unablässigen Anstürme auf Löhne, Arbeitszeit und sonstige Arbeitsbedingungen ist jeder Holzarbeiter Deutschlands verpflichtet, Mitglied des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zu sein. Es ist überflüssig, hier auf die Frage eine Antwort zu geben, wie es um die soziale und moralische Lage der Holzarbeiter Deutschlands bestellt sein würde, wenn der Deutsche Holzarbeiter-Verband nicht einen jahrzehntelangen Kampf zur materiellen und kulturellen Hebung der deutschen Holzarbeiterschaft geführt hätte.

Auch in internationaler Hinsicht ist der Deutsche Holzarbeiter-Verband immer auf vorbildliche Weise seinen Pflichten nachgekommen, und in vielen Ländern gedenken unsere Fachgenossen mit großer Dankbarkeit der finanziellen und moralischen Hilfe, welche der Deutsche Holzarbeiter-Verband ihnen geleistet hat.

Besonders die deutschen Fachgenossen, welche jetzt noch unorganisiert sind und dadurch die Entfaltung der vollen Schlagkraft des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes beeinträchtigen, haben die Pflicht, diesen Verband zu stärken, seine Einheit zu fördern und ihn überall zu verteidigen, wo er angegriffen werden sollte.

Durch die innere Stärkung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes wird gleichzeitig eine Steigerung der Lebenshaltung der Holzarbeiter aller Länder herbeigeführt werden.

C. Woudenberg, Amsterdam,
Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter.

Drechsler.

Jahrzehntelang waren die Drechsler fast aller Branchen in schwerster wirtschaftlicher Bedrängnis. Die Ursache hierfür bildete die Umkehrung der Stilbegriffe, die um die Jahrhundertwende ihren Anfang nahm und erst in der letzten Zeit zu einem gewissen Abschluß gekommen ist. Das Holzdrechslergewerbe hat darunter schwer gelitten, denn es büßte dadurch fast zwei Drittel seines Arbeitsgebietes ein. Für die Drechslereiarbeiter wäre die so lange anhaltende Krisis in ihrem Berufe noch viel empfindlicher gewesen, hätte sich in dieser ihrer schwersten Zeit unser Verband für sie nicht als die stärkste Stütze erwiesen. Durch den starken Holzarbeiter-Verband und seine Tarif- und Vertragspolitik konnten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse aller im Drechslergewerbe Beschäftigten während der schweren Krisenzeit nicht nur gehalten, sondern auch erheblich verbessert werden. In dieser Hinsicht waren die Drechsler wirtschaftlich nicht schlechter gestellt als die anderen Facharbeiter in der Organisation, da bei jeder Lohn- und Vertragsbewegung auch für sie die gleichen Vorteile erreicht wurden.

Über seine engeren Aufgaben hinaus war aber der Verband durch geeignete Maßnahmen auch für eine Wiederbelebung der Produktion und damit für eine Erweiterung des Arbeitsumfanges im Drechslergewerbe tätig. Er erfüllte damit eine Aufgabe auf handwerkskulturellem Gebiete. Ohne die Organisation und ihrer besonderen Berufsvertretung für die Drechsler aller Branchen wären ganz gewiß nicht jene Erfolge erzielt worden, die in der nicht unerheblichen Vermehrung der Produktion ihren Ausdruck finden.

Unstreitig hat unser Verband am Wiederaufbau des Drechslergewerbes einen starken Anteil. Eine weitere zähe Arbeit nach dieser Richtung ist aber noch notwendig, um die bisherigen Erfolge zu sichern und noch zu vervollkommnen. Das Ziel ist hierbei, ein Drechslerhandwerk zu schaffen, das eine sichere Existenzgrundlage besitzt, das auch im volkswirtschaftlichen Sinne ein wertvolles Handwerk ist, und das kulturell auf der höchsten Stufe der Vollendung steht. Dieses Ziel kann sicher erreicht werden, um so sicherer, je mehr die Kollegen daran tätigen Anteil nehmen. Freudig und dankbar sollten sie diese ausschließlich in ihrem Interesse liegende handwerkskulturelle Tätigkeit des Verbandes anerkennen.

Der Nutzen des Verbandes für die Kollegen aller Drechslerbranchen ist zu offenbar, als daß er ernstlich bestritten werden könnte. Das muß auch den Kollegen gesagt werden, die heute sicher aus nur nebensächlichen Gründen in anderen Gewerkschaften organisiert sind und damit die Einheitlichkeit der Organisation der Drechsler nicht gewahrt haben. Für die Drechsler aller Branchen und für die als Drechslerhilfsarbeiter beschäftigten Kollegen und Kolleginnen kann nur eine Organisation in Frage kommen, und das ist der Deutsche Holzarbeiter-Verband. Daher muß bei allen Kollegen über alle kleinlichen Bedenken hinweg der Wille zu einer einheitlichen Organisation zum Ausdruck kommen, und sie sollten sich in Zukunft nach dieser Richtung eifrig betätigen. Der Vorteil, der durch den engsten Zusammenschluß aller Drechsler im Deutschen Holzarbeiter-Verband erwächst, lohnt reichlich die Mühe, die hierfür aufgewendet werden muß. P. K.

Bildhauer.

Die Bildhauer aller Branchen haben sich bereits im Jahre 1881 als eine der ersten eine eigene Zentralorganisation geschaffen. Die wirtschaftliche Entwicklung führte im Oktober 1919 zum Anschluß an den Deutschen Holzarbeiter-Verband. Sehr bald zeigte sich bei den Steinbildhauern ein Abbröckeln. Sie glaubten, daß ihre Interessen im Steinarbeiter-Verband gemeinsam mit den Steinmetzen besser gewahrt würden. Seitens unseres Verbandes wurden ihnen keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt, und so gehört jetzt der größte Teil der Steinbildhauer jenem Verbande an. Sie zogen auch die Alabasterbildhauer als die kleinste Gruppe im Bildhauerberuf nach sich.

Die Modelleure und Gipsbildhauer im Stuckgewerbe gehören noch unserem Verbande an. Sie haben schon seit Ausbruch des Weltkrieges unter einer schweren Arbeitskrise zu leiden, da sie vom Baumarkt und der Herstellung sogenannter Luxusbauten abhängig sind. Ihre Zahl ist derartig zusammengeschmolzen, daß selbst in den größten Städten Deutschlands nur noch eine kleine Anzahl vorhanden ist. Ein Teil ist zur Holzbranche übergewechselt, wo in den letzten Jahren mehrmals Hochkonjunktur war, andere haben den Bildhauerberuf ganz aufgegeben.

Die Holzbildhauer als die größte Gruppe bildeten den Stamm im ehemaligen Bildhauer-Verband, und sie geschlossen im Deutschen Holzarbeiter-Verband zusammenzuhalten, das muß unsere Aufgabe sein.

Es ist nur zu natürlich, daß nicht alle Bildhauer feurige Übertrittsfreunde waren, und daß manche von ihnen noch immer kritisch den Einrichtungen unseres Verbandes gegenüberstehen. Auch sie sollten einsehen, daß sich eine kleine Berufs- bzw. Branchengruppe dem großen Ganzen einfügen muß. Daß die Eigenart des Berufs Beachtung finden muß, sollte nicht erst betont zu werden brauchen. Denn das wäre der schroffe Gegensatz einer wahren Interessenvertretung der kleinen Berufsgruppen in einem großen Verbande. Dieses Betonen des Beruflichen ist nicht identisch mit der Vertretung von Sonderinteressen.

Die im Verbande eingerichteten örtlichen Sektionen haben die Aufgabe, fördernd im Interesse des Berufs zu wirken. Bei berechtigten Klagen mögen sie sich an die Ortsverwaltung wenden, aber auch an die Zentralkommission der Bildhauer. Die Zentralkommissionen sind die Organe des Verbandes, welche die Verbindung zwischen den örtlichen Sektionen aufrechterhalten. Dem Gesamtverband leisten sie mit ihrem Rat und der Mithilfe bei Regelung besonderer Berufsangelegenheiten wertvolle Dienste. Vorbedingung ist allerdings, daß die zuständige Zentralkommission bei den eigenen Berufskollegen die nötige Unterstützung findet. So erfordert die Sonderforderung der Bildhauer, mindestens 15 Prozent Aufschlag auf die Durchschnittslöhne der Tischler, nach dem Beschluß der Reichskonferenz der Bildhauer 1920 in Erfurt und der Vertretung bei Verhandlungen eine genaue Kenntnis der Eigenarten des Bildhauerberufes. Unlängst erst wieder wurde dieser Aufschlag von dem Inhaber einer Möbelfabrik abgelehnt mit dem Einwand, es sei ihm unbegreiflich, daß die Bildhauer einen höheren Lohn haben wollen als die Tischler. Und dem muß mit triftigen Gründen entgegengetreten werden können. Hinzu kommt die Entschädigung für das Halten des eigenen Werkzeugs und weitere engere Berufsfragen; die Lehrlingshaltung und -ausbildung, die Hebung des Berufs durch Abwehr schädigender Einflüsse wie das Umsichgreifen des Kleinmeistertums und das Heimarbeiterunwesen.

Das Band zwischen Zentralkommission und Sektionen bzw. Vertrauensmännern der Bildhauer muß noch fester werden als seither. Ihrem Einfluß im Verband können die Bildhauer durch fleißige Mitarbeit bei der Lösung der allgemeinen Verbandsaufgaben steigern. Das ist eine Pflicht, der sich keiner entziehen sollte.

Des öfteren begegnet man bei unseren Berufskollegen der Klage, daß unsere Verbandszeitung die speziellen Angelegenheiten der Bildhauer zu wenig berücksichtige. Die Zeitung sei ernst, würdig und belehrend, sie berücksichtige aber die Angelegenheiten der einzelnen Berufe nicht genügend. Liegt das vielleicht nicht auch daran, daß die Kollegen sich zu wenig an der Mitarbeit beteiligen, um unserem Verbandsorgan ein den verschiedenen Berufsgruppen entsprechendes Kolorit zu geben? Der bevorstehende Verbandstag ist die richtige Stelle, dem Ausdruck zu geben.

Derartige kritische Aussetzungen dürfen nun aber keinesfalls zu einer lauen Beteiligung am Verbandsleben führen. Nur die Kritik guter Verbandsmitglieder kann Beachtung finden, aber nicht Kritik von Leuten, womöglich außerhalb des Verbandes, die ihre Indifferenz und Drückebergerei vom Beitragzahlen mit kritischem Maulaufreißen bemänteln wollen.

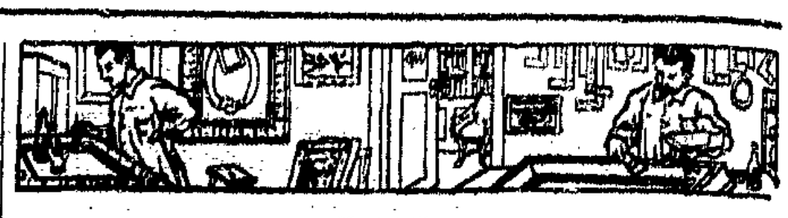
Die politische Zerrissenheit schädigt die Arbeiterbewegung schon ungemein, wollen wir die Geschlossenheit, eine ehrliche Einheitsfront wenigstens in unseren Gewerkschaften aufrechterhalten. Und auch die Bildhauerkollegen dazu anzufeuern, das ist der Zweck dieser Zeilen. P. D.

Korkarbeiter.

Die Korkindustrie hat ihre Heimat in Spanien und Portugal, wo die Korkeiche wächst, deren Rinde das Rohmaterial für die Industrie liefert. Vor etwa 120 Jahren fand die Korkindustrie in Deutschland Eingang, und zwar zuerst in Delmenhorst. Gegenwärtig gibt es etwa 60 Orte, wo Korkarbeiter vorhanden sind. Teilweise handelt es sich um Kleinbetriebe, es gibt aber auch moderne Großbetriebe. Durch das Vordringen der Arbeitsmaschinen wurde der gelernte Korkschneider und schließlich der männliche Arbeiter überhaupt immer mehr verdrängt. Zunächst wurde er abgelöst von dem ungelernten Arbeiter und dieser wiederum von der Arbeiterin. Das gilt vor allem für den Großbetrieb. Wie hier die Verhältnisse liegen, geht aus folgendem Beispiel hervor. Von den 150 Beschäftigten eines Alfelder Großbetriebes sind 40 Arbeiter und 110 Arbeiterinnen. Unter den Arbeitern befindet sich kein einziger gelernter Korkschneider.

Bei der amtlichen Gewerbezählung 1907 wurden in der Korkindustrie 3511 Beschäftigte ermittelt. Heute kann man mit etwa 2000 rechnen. Der Rückgang der Beschäftigten bedeutet aber nicht Rückgang der Industrie. Natürlich ist der Weltkrieg an der Korkindustrie nicht ganz spurlos vorübergegangen. Einige Betriebe haben schwer gelitten, andere stehen heute gesünder und leistungsfähiger da als in der Vorkriegszeit. Wenn heute weniger Beschäftigte vorhanden sind, so ist das in erster Linie die Folge des siegreichen Vordringens der Arbeitsmaschine, die viele Menschenhände überflüssig macht. Gegen diese Entwicklung ankämpfen, wäre von vornherein erfolglos, aber auch grundverkehrt. Im Gegenteil, wir haben alle Ursache, den technischen Fortschritt der Produktion nach besten Kräften zu fördern. Nur müssen wir bestrebt sein, Einfluß auf die Entwicklung zu gewinnen, ihr eine Richtung zu geben, daß auch der Arbeiter davon Gewinn hat. Jeder technische Fortschritt kann und wird die wirtschaftliche und kulturelle Lage der Arbeiterschaft verbessern, wenn diese geschlossen und einig zusammensteht und den Mut hat, ihr Recht dem Unternehmertum gegenüber zu vertreten.

Was der Deutsche Holzarbeiter-Verband für die Korkarbeiter leisten kann, das zeigt der Abschluß des Reichstarifvertrages im Frühjahr 1920. Leider gelang es nicht, ihn nach seinem Ablauf zu erneuern, weil die Kolleginnen und Kollegen in einer Reihe wichtiger Branchenorte nicht den Mut aufbrachten, für ihre Sache zu kämpfen. Damals hatten die Korkarbeiter Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie sie in der Holzindustrie üblich sind. Einige Orte haben es auch seither verstanden, mit den Kollegen anderer Branchen gleichen Schritt zu halten. Im allgemeinen aber gehören die Korkarbeiter heute wieder zu den schlechtest bezahlten Arbeitern der Holzindustrie. Das geben selbst die Unternehmer zu. Am 15. August 1924 schrieb die „Korkindustrie-Zeitung": „Die Löhne und Gehälter in unserer Branche sind niedriger als fast in allen anderen." Das sehen die Unternehmer wohl ein, aber sie denken nicht daran, die Löhne zu erhöhen, wenn sie nicht dazu gezwungen werden. Ein Zwang kann aber nur ausgeübt werden durch die Organisation. Wer will, daß auch für die Korkindustrie tarifvertragliche Arbeitsverhältnisse geschaffen und die Löhne erhöht werden, der schließe sich dem Deutschen Holzarbeiter-Verband an. Mit seiner Hilfe werden sich auch die Korkarbeiter eine bessere Zukunft erkämpfen. R. E.



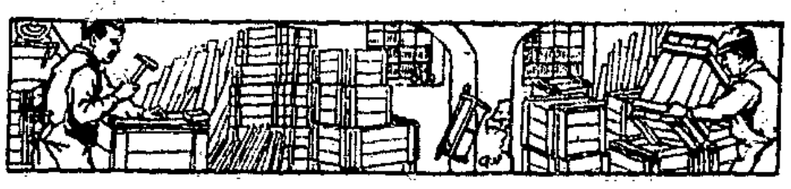
Vergolder.

Unter den Vergoldern ist der Organisationsgedanke seit langem lebendig. Die Berliner Berufskollegen schlossen sich bereits 1842 zu einer Union zusammen, die allerdings zunächst nur eine Krankenunterstützungskasse war. Auch in einigen anderen Orten bestanden solche Vereine. Ursprünglich als Unterstützungsverein gedacht, griffen diese später auch in die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein. Merkwürdig ist, daß die Vergolder auf dem Allgemeinen Arbeiterkongreß 1868 in Berlin nicht vertreten waren. Dieser Kongreß war die Geburtsstätte zahlreicher Berufsverbände auf zentraler Grundlage. Die Vergolder hielten ihre Lokalvereine zunächst noch aufrecht, erst 1889 wurde der Zentralverband der Vergolder Deutschlands gegründet. Dieser kam aber niemals zur rechten Entwicklung; sein höchster Mitgliederbestand war 1897. Das war am 1. Oktober 1906, an dem Tage, wo sich die Vergolder dem Deutschen Holzarbeiter-Verband anschlossen. Erst von diesem Zeitpunkt an fanden die Berufsgenossen in größerer Zahl den Weg zur Organisation. Gegenwärtig kann mit etwa 8000 Organisierten gerechnet werden; das sind ungefähr 80 Prozent aller Beschäftigten. Vor einigen Jahren war das Organisationsverhältnis günstiger; die Ungunst der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Bruderkampf in den eigenen Reihen sind von einem Teil der Vergolder zum Anlaß genommen, dem Verband den Rücken zu kehren.

Unser Deutscher Holzarbeiter-Verband hat für die Vergolder Großes geleistet. Allein ihre Einreihung in die Tarifverträge für die Holzindustrie bedeutet einen großen Fortschritt. Dadurch ist erreicht, daß für sie die gleichen Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten wie für die Tischler. Für Berlin, Brandenburg, Hamburg und München gelten Ortsverträge, die sich im allgemeinen eng an die Bezirksverträge für das Holzgewerbe anlehnen. Leider gibt es aber auch noch einige Orte, wo es mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen schlecht bestellt ist. Das sind solche Orte, wo die Organisation nicht die erforderliche Geschlossenheit aufweist.

Die Vergolder sind bei ihrer Arbeit schweren Krankheitsgefahren ausgesetzt. Die Reichsregierung ist darauf wiederholt aufmerksam gemacht und um den Erlaß von Schutzbestimmungen ersucht worden. Geschehen ist bisher aber noch nichts. Während des Weltkrieges kamen die hygienischen Einrichtungen in den Vergoldereibetrieben in einen völlig verlotterten Zustand, sie haben seither nur wenige Verbesserungen aufzuweisen. Die von unserm Verband 1912 aufgestellten und auf der Vergolder-Konferenz 1920 erneut beschlossenen Forderungen an die Gesetzgebung sind heute noch unerfüllt. Das ist ein Zustand, gegen den alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Vergolderbranche mit ganzer Kraft ankämpfen müssen.

Wenn nicht alles trügt, haben die Vergolder eine gute Geschäftskonjunktur vor sich. Diese Zeit muß ausgenutzt werden, um weitere Fortschritte auf der ganzen Linie zu machen. Das wird uns aber nur gelingen, wenn die Berufsgenossen geschlossen dem Verband angehören. Darum ergeht an alle Kollegen und Kolleginnen der Ruf: Werdet Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes! R. G.

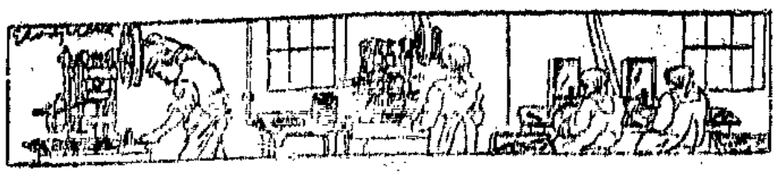


Kistenmacher.

Die Kistenindustrie ist in letzter Zeit ziemlich gut beschäftigt. Auch im Vorjahre war das fast allgemein der Fall, es gab aber auch Betriebe, die zeitweise einen sehr schlechten Geschäftsgang hatten. Zu der günstigen Geschäftslage hat das flotte Ausfuhrgeschäft wesentlich beigetragen. Im Jahre 1913 wurden 130 374 Doppelzentner Kisten ausgeführt. 1924 aber 188 658 Doppelzentner. 1923 betrug die Ausfuhr sogar 235 616 Doppelzentner. An einer starken Kistenausfuhr sind auch die Arbeiter lebhaft interessiert. Gegenwärtig stockt sie, was in der Hauptsache auf die hohen Preise zurückzuführen ist. Der Kistenpreis ist abhängig vom Holzpreis. Dieser ist außerordentlich hoch, und infolgedessen haben auch die Kistenpreise eine Höhe erreicht, die die deutsche Konkurrenzfähigkeit ernstlich gefährdet.

Die Unternehmer der Kistenindustrie lassen es an Protesten gegen die hohen Holzpreise nicht fehlen. Das ist aber auch alles, wozu sie sich entschließen können. Mit um so größerem Schneid gehen sie gegen die Arbeiter vor, die sich mit einem möglichst niedrigen Lohn zufrieden geben sollen, damit die Industrie konkurrenzfähig bleibt. Dagegen wehren sich die Kollegen mit Recht. Die tarifvertragliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kistenmacher hat in den letzten Jahren gute Fortschritte gemacht. Im Freistaat Sachsen wird seit dem Herbst 1924 ohne Tarifvertrag gearbeitet. Ein Bezirkstarifvertrag besteht für die Orte Bünde, Herford, Minden und Stadthagen; ihm unterstehen 17 Betriebe mit 1345 Beschäftigten. Ferner gibt es noch einige Ortsverträge. In Bayern, Hessen, Thüringen und im Harzgebiet fallen die Kistenmacher unter die Sägerverträge. Die Löhne sind durchweg verbesserungsbedürftig; wir werden ihre Erhöhung aber nur erreichen, wenn wir den Unternehmern einig gegenüberstehen.

Bei einer Verbandserhebung im Vorjahre wurden 337 Betriebe mit 6560 Beschäftigten ermittelt. Der Gesamtumfang der Industrie ist wahrscheinlich größer, man wird mit gut 7000 Beschäftigten rechnen können. Damals waren 80 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen organisiert, heute wird das Verhältnis etwas günstiger sein, die Zahl der uns noch Fernstehenden ist aber immer noch zu groß. In der Kistenindustrie haben wir es in der Hauptsache mit größeren Betrieben zu tun, was unsere Agitationsarbeit erleichtert. In diesen Tagen müssen die Kollegen mit Feuereifer an die Werbearbeit gehen. Alle uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen müssen jetzt Verbandsmitglieder werden, das ist unsere Parole. P. K.



Kamm- und Haarschmuckarbeiter.

Der Weltkrieg und die Wirtschaftskrise des letzten Jahres haben die Geschäftslage der Kamm- und Haarschmuckindustrie sehr ungünstig beeinflußt. Zahlreiche Betriebe arbeiteten stark eingeschränkt, andere wurden ganz geschlossen und sind es zum Teil heute noch. Die Kamm- und Haarschmuckindustrie hat in den letzten 30 Jahren einen mächtigen Aufschwung genommen. Nach der Betriebszählung im Jahre 1895 beschäftigte die Industrie damals 1304 Arbeiter, 1907 waren es 2030, und heute wird man mit gut 6000 Arbeitern rechnen können. Fast die Hälfte davon sind Arbeiterinnen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Branchen der Holzindustrie ist in der Kamm- und Haarschmuckindustrie der Großbetrieb vorherrschend. Vor drei Jahren, 1922, wurde festgestellt, daß 75 Prozent der Beschäftigten in Großbetrieben arbeiten.

Die Kamm- und Haarschmuckarbeiter haben also mit einem kapitalkräftigen Unternehmertum zu rechnen. Sie können sich ihm gegenüber nur durchsetzen, wenn sie als geschlossene und einige Masse auftreten. Ihre Organisationsverhältnisse lassen aber zu wünschen übrig. Bedauerlich ist auch, daß in einigen Orten Streit darüber herrscht, welcher Verband für die Kamm- und Haarschmuckarbeiter zuständig ist. Das ist allein unser Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die Arbeiterschaft sieht das auch immer mehr ein. Bei einer Umfrage im Juli 1924 wurde festgestellt, daß 82 Prozent der Beschäftigten organisiert sind, und in der Hauptsache in unserm Verband. Diese Feststellung wurde gemacht in der Zeit der großen Wirtschaftskrise; heute, wo die Geschäftslage allgemein günstiger liegt, ist sicherlich auch das Organisationsverhältnis noch wesentlich besser. Nur einige Orte machen eine unrühmliche Ausnahme; hier sind noch zahlreiche Kollegen und Kolleginnen zu organisieren. Das muß in diesen Tagen geschehen. Dann wird es nicht nur in diesen Orten bald gelingen, eine wesentliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, auch im ganzen Reich wird es besser vorwärtsgehen.

Das muß unser Ziel sein. Gegenwärtig sieht es mit den Löhnen im allgemeinen recht traurig aus. Nur dort, wo die Arbeiter dem Verbande treu geblieben sind und stets auf dem Posten waren, werden einigermaßen annehmbare Löhne gezahlt. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind teils bezirksweise, in der Hauptsache jedoch örtlich tarifvertraglich geregelt. Hier eine größere Einheitlichkeit zu schaffen, tut not. Das läßt sich aber nur erreichen, wenn hinter der Forderung eine starke Organisation steht.

Ohne den Deutschen Holzarbeiter-Verband sind die Kamm- und Haarschmuckarbeiter völlig machtlos. Nur durch den festen Zusammenschluß wird es ihnen gelingen, die Arbeitsverhältnisse günstiger zu gestalten. Auch ihre Forderung an die Gesetzgebung, die Unternehmer zu ausreichenden Schutzmaßnahmen in den Betrieben gegen die Brandgefahr des Zelluloids zu zwingen, werden sie nur durchsetzen können, wenn der Verband dahintersteht. In den letzten Jahren waren die Brandunfälle nicht sehr häufig und schwer, das kann aber kein Grund sein, mit den heutigen unzulänglichen Schutzmaßnahmen zufrieden zu sein. Das hieße, sein Leben frivol aufs Spiel setzen. Unser Verband wird seinen Kampf für einen ausreichenden Schutz der Gesundheit und des Lebens der Kamm- und Haarschmuckarbeiter mit aller Kraft fortführen. Ihn dabei zu unterstützen, ist Pflicht aller Branchenangehörigen. O. F.

Maschinenarbeiter.

Die Maschine hat dem Holzarbeiter die schwerste und körperlich anstrengendste Arbeit abgenommen, aber zugleich in die Holzbearbeitung ein Gefahrenmoment hineingebracht, das man vorher nicht kannte. Unter den für die verschiedenen Industriezweige in Betracht kommenden Arbeitsmaschinen kann man die Holzbearbeitungsmaschinen mit als die gefährlichsten bezeichnen. Die schnell rotierenden Messer und Sägen sind gierigen Raubtieren vergleichbar, die lüstern sind auf die Glieder des Menschen, der sie in seinen Dienst gestellt hat. Die Gefahr liegt hauptsächlich darin, daß das Arbeitsstück mit der Hand nahe an den arbeitenden Teil der Maschine herangeführt werden muß. Eine geringe Unvorsichtigkeit, ein Fehler im Holz, irgendein unter anderen Verhältnissen bedeutungsloser Zufall kann zu den schwerwiegendsten Folgen führen.

Die fortschreitende Technik hat dazu geführt, daß zu mancherlei Verrichtungen Spezialmaschinen gebaut wurden, bei denen das Problem, zu verhüten, daß die Hand mit dem schneidenden Maschinenteil in ungewollte Berührung kommt, zum Teil in vorzüglicher Weise gelöst ist. Aber nach wie vor sind die ursprünglichen Typen: Kreis- und Bandsäge, Abrichtemaschine und Fräse, in großer Zahl im Gebrauch. Auch für diese Maschinen, die für die verschiedenartigsten Arbeiten gebraucht werden und unentbehrlich sind, gibt es Schutzvorrichtungen, aber sie sind mehr oder weniger unvollkommen. Sie können günstigstenfalls die Unfallgefahr herabmindern, aber sie nicht beseitigen.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband hat sich schon seit langem bemüht, den Arbeitern an den Holzbearbeitungsmaschinen einen möglichst weitgehenden Schutz zu sichern. Diese Bemühungen richten sich nach zwei Seiten. Einerseits wird auf die gefährdeten Arbeiter eingewirkt, denen immer wieder empfohlen wird, von den vorhandenen Möglichkeiten, sich vor Unfällen zu schützen, weitgehend Gebrauch zu machen und in den Betrieben darauf zu dringen, daß die gebotenen Schutzvorrichtungen vorhanden sind und auch benutzt werden. Auf der anderen Seite hat der Verband seit Jahren auf die Behörden einzuwirken gesucht, um zu erreichen, daß durch gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen der Unfallschutz an den Holzbearbeitungsmaschinen zweckentsprechend ausgebaut werde. Der vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeitete Entwurf einer Verordnung zum Schutze der Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen ist auf eine Eingabe des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zurückzuführen, welche die Nationalversammlung der Regierung überwiesen hat.

Leider ist dieser Entwurf an dem Widerstand der Unternehmer gescheitert. Er ist in einem Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates begraben und wird seine Auferstehung erst feiern, wenn die Arbeiter durch solidarisches Handeln den Einfluß gewinnen, den sie haben könnten, wenn sie sich von einem einheitlichen Willen leiten ließen. Bei den von den Berufsgenossenschaften erlassenen Unfallverhütungsvorschriften wird weitgehende Rücksicht auf die Wirtschaftlichkeit des Betriebes genommen, und auch bei der jetzt geplanten Reform der Unfallversicherung wird dieses Moment stark betont, das heißt, die Rentabilität des Betriebes wird dem Schutze der Gesundheit und der heilen Glieder vorangestellt. Der Staub in den Maschinensälen gefährdet nicht nur die Gesundheit, er steigert auch die Unfallgefahr. Viele Betriebe haben Staubabsaugevorrichtungen angebracht und fahren gut damit. Viele andere weigern sich dessen mit Erfolg, denn zur Schonung der Gesundheit der Arbeiter kann man dem Unternehmer keine hohen Kosten zumuten.

Der Deutsche Holzarbeiter-Verband wird sich durch Mißerfolge nicht abschrecken lassen, auch weiterhin mit aller Energie für einen besseren Schutz der gefährdeten Arbeiter an den Holzbearbeitungsmaschinen einzutreten. Voraussetzung für den Erfolg ist allerdings, daß die Maschinenarbeiter selbst diese Bestrebungen nach Kräften unterstützen. Einerseits durch strengste Beachtung geltender Unfallverhütungsvorschriften, anderseits durch unermüdliche Mitarbeit an dem Ausbau und der Kräftigung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Es darf keinen Maschinenarbeiter geben, der außerhalb seiner Organisation steht. M. K.

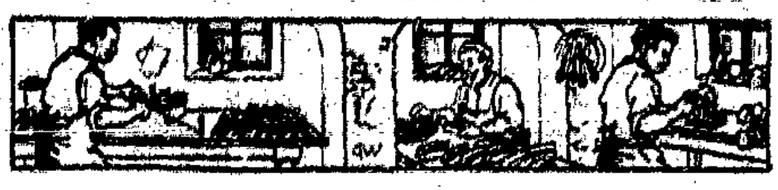
Tischler.

Die Möbelindustrie arbeitet vornehmlich für den heimischen Markt. In der Vorkriegszeit gingen schätzungsweise noch nicht 10 Prozent der Produktion ins Ausland. Während der Inflationszeit war das anders, da wurde fast nur für das Ausland gearbeitet. Die deutschen Möbel waren für den Ausländer spottbillig, er bekam sie fast geschenkt. Während früher nur einige wenige Unternehmungen exportierten, machten jetzt fast alle, bis hinab zum kleinen Tischlermeister, Auslandgeschäfte. Die Möbelindustrie erlebte eine Hochkonjunktur wie nie zuvor. Die Währungsstabilisierung brachte einen jähen Absturz. Das Jahr 1924 war das schlimmste Krisenjahr. Jetzt geht es wieder aufwärts, freilich nur sehr langsam. Wohl hat die Bevölkerung einen großen Bedarf an Möbeln aller Art, aber die große Masse kann sich keine kaufen, weil ihr das Geld dazu fehlt. Ein solides Stück Möbel, das in der Vorkriegszeit 100 Mk. kostete, kostet heute mindestens 150 bis 160 Mk. Wenn das Arbeitseinkommen in gleicher Weise gestiegen wäre, dann würde diese Preissteigerung nichts besagen. Die Dinge liegen aber doch so, daß alle Warenpreise gegenüber dem Vorkriegsstand um 50 und mehr Prozent gestiegen sind, die Löhne dagegen nicht einmal ihre Friedenshöhe überall erreicht haben. Das Arbeitseinkommen reicht also nicht einmal zum Ankauf der notwendigsten Lebensmittel. Möbel sind zwar auch notwendig, aber man kann sie doch leichter entbehren als Nahrungsmittel und Bekleidungsgegenstände.

Wenn die Möbelindustrie noch keinen flotten Geschäftsgang hat, so liegt das weniger an der Stockung des Ausfuhrgeschäfts als vielmehr daran, daß die Möbelpreise für das Volk unerschwinglich sind. Die Möbelpreise müssen abgebaut und die Löhne erhöht werden. Unter den Unternehmern gibt es zahlreiche volkswirtschaftliche Analphabeten, die in einem Lohnabbau die Voraussetzung eines flotten Geschäftsganges sehen. Es sind das solche Leute, von denen kürzlich eine Unternehmerzeitung sagte, sie könnten „vor Trägheit und Dummheit kaum aus den Augen gucken". Ein flotter Geschäftsgang setzt eine kaufkräftige Bevölkerung voraus, und da die große Masse kein anderes als Arbeitseinkommen hat, muß also ihr Lohn möglichst hoch sein, wenn sie kaufkräftig sein soll. Das ist alles so selbstverständlich, und doch wollen es viele Unternehmer nicht begreifen. Darum ihre Zugeknöpftheit bei Lohnforderungen. Sie lehnen diese ab nicht aus Gründen wirtschaftlicher Unmöglichkeit, sondern aus Verständnislosigkeit gegenüber wirtschaftlichen Tatsachen und Gesetzen.

Gegenwärtig setzt die Bau- und Möbeltischlerei ihre ganze Hoffnung auf die Bautätigkeit in diesem Jahre. Diese Hoffnung ist zweifellos bis zu einem gewissen Grade berechtigt, ganz so glänzend liegen die Verhältnisse aber doch nicht. An Bauplänen fehlt es nicht, aber so mancher ist schon wieder zu Wasser geworden. Um die Jahreswende waren die Baustoffpreise zwar hoch, sie ragten aber nicht allzusehr über den allgemeinen Preisstand hinaus. Jetzt ist das anders. Die Baustoffpreise kletterten, noch bevor die Nachfrage nach Ware begann, kräftig in die Höhe. Der Baustoffwucher treibt neue Blüten. Die Baukosten haben in wenigen Wochen eine Erhöhung erfahren, die für viele Baulustige unerträglich ist. Die Folge davon ist, daß nun wahrscheinlich viel weniger Wohnungen gebaut werden, als zunächst beabsichtigt war. Zu den Leidtragenden gehören auch die Bau- und Möbeltischler.

Trotz alledem ist damit zu rechnen, daß die Möbelindustrie eine gute Geschäftslage bekommen wird. Von den in den letzten Jahren stark vermehrten Betrieben werden wahrscheinlich nicht alle flott zu tun haben, das ist jedoch ohne größere Bedeutung. Aber gleichviel wie die Geschäftslage in den kommenden Monaten sein wird, die Holzarbeiter brauchen eine starke Organisation. Ohne diese sind sie in guten Zeiten machtlos und erst recht in schlechten. Die Unternehmer arbeiten unermüdlich am Ausbau ihrer Verbände. Unsere Organisation ist der Deutsche Holzarbeiter-Verband. Je mehr Mitglieder er zählt, und je einiger diese zusammenstehen, um so größer werden die Erfolge der künftigen Lohnkämpfe sein. F. E.



Bürsten- und Pinselmacher.

In der Bürstenindustrie ist das Agitationsgebiet seit Gründung des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes ein vollständig anderes geworden. Während organisierte Bürstenmacher damals nur in etwa 50 Orten vorhanden waren, haben wir deren jetzt in weit über 200 Orten. Während 1893 unter nicht ganz 1000 Mitgliedern nur ganz wenig Frauen vorhanden waren, hatten wir am Jahresschluß 1923 5520 Männer, 6237 Frauen und 1417 Jugendliche organisiert. Die technische Entwicklung, die Einführung der Maschine, hat den gelernten Bürstenmacher zurückgedrängt. Die meisten Arbeiten werden von Ungelernten, von Frauen und Jugendlichen, ausgeführt. Waren 1893 die organisierten Kollegen fast nur in den größeren Städten anzutreffen, so können wir jetzt feststellen, daß die große Mehrzahl auch der Arbeiterschaft im Erzgebirge, in Striegau, im Schwarzwald und in den kleineren Orten organisiert ist. Aber immer noch gibt es Orte, wo unsere Organisation bis jetzt nicht festen Fuß fassen konnte, auch diese müssen noch für uns gewonnen werden.

Den größten Mitgliederzuwachs hat unsere Branche, wie alle anderen, 1919 erhalten. Dadurch gelang es dann auch, die Lohn- und Arbeitsbedingungen reichstariflich zu regeln. Dieser Reichstarif ist zwar im Laufe der Zeit mehrfach abgeändert worden, besteht aber zurzeit noch. Durch ihn ist es möglich gewesen, die Löhne der Männer einheitlicher zu gestalten sowie den Frauen bessere Löhne zu schaffen. Während diese früher in den meisten Fällen für die gleiche Arbeit nur die Hälfte des Akkordpreises bekamen, erhalten sie jetzt 70 Prozent des Männerlohnes und dementsprechende Akkordpreise. Leider ist der Reichstarif noch nicht überall zur Durchführung gebracht, da die Allgemeinverbindlichkeit bestimmte Spezialgruppen ausschließt. Vielfach sind diese gerade in den Orten vertreten, wo infolge der Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft es nicht möglich war, durch die Organisation bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen. So gibt es speziell in Norddeutschland noch Orte, wo die Löhne um etwa ein Drittel niedriger sind als in gleichartigen Orten Sachsens oder Süddeutschlands.

Es ist schon darauf hingewiesen, daß der gelernte Bürstenmacher immer mehr verschwunden, an seine Stelle die Frauenarbeit getreten ist. Diese Erscheinung macht es aber auch den Frauen zur Pflicht, sich reger als bisher am Organisationsleben zu beteiligen. Soll der Grundsatz: „Für gleiche Arbeit den gleichen Lohn", Geltung bekommen, dann muß auch die Frau sich der Organisation anschließen und mit für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten. In vielen Betrieben sieht es jetzt schon so aus, daß auf eine männliche Arbeitskraft zehn und mehr weibliche Arbeitskräfte kommen. Wenn dann in solchen Betrieben die Frauen dem Verbande fernbleiben, ist auch die Aufrechterhaltung annehmbarer Arbeitsverhältnisse gefährdet. Bei der Agitation ist also nicht nur der männliche Kollege, sondern auch die Kollegin zu berücksichtigen. Von den Ortsverwaltungen, in deren Bereich derartige Betriebe sich befinden, muß immer wieder durch Flugblätter, Hausagitation usw. versucht werden, auch diese für uns zu gewinnen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind auch jetzt trotz Reichstarif noch nicht mustergültig. Sie verbessern zu helfen, ist Pflicht eines jeden in unserer Industrie Beschäftigten. Darum werbt neue Mitglieder, es geht neuen Kämpfen entgegen. R. Sch.

Stockarbeiter.

Die Stock-, Schirm- und Peitschenindustrie ist auf wenige Orte konzentriert, die sich aber auf das ganze Gebiet der Republik verteilen. Vor dem Kriege beschäftigte sie etwa 9000 Arbeiter, wovon fast die Hälfte weibliche waren. Ein großer Teil, wenn nicht der Hauptteil der Produktion, ging ins Ausland. Der Weltkrieg schaltete das ausländische Absatzgebiet aus, das auch bis heute noch nicht wieder voll zurückgewonnen ist. Verschiedene Länder haben ihre Stockindustrie im Laufe der Jahre kräftig gefördert, so daß es für die Deutschen schwer sein wird, die Vorkriegsausfuhr wieder zu erreichen. Die ausländischen Unternehmer bemühen sich um deutsche Facharbeiter, mit deren Hilfe hoffen sie ihre Betriebe gegenüber der deutschen Industrie konkurrenzfähig zu machen. Die deutschen Unternehmer haben diese Bemühungen indirekt unterstützt, indem sie den Arbeitern Lohn- und Arbeitsbedingungen zumuten, die einfach unannehmbar sind. Ende Januar 1924 ist der Reichstarifvertrag abgelaufen, über seine Erneuerung wurde wiederholt verhandelt, ohne daß es zu einer Verständigung gekommen ist. Im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, finden wieder einmal zentrale Verhandlungen statt. Mit welchem Ergebnis, ist ungewiß.

Wenn sich die Unternehmer der Stockindustrie der Hoffnung hingegeben haben sollten, ohne Reichstarifvertrag würden sie die Arbeiter klein kriegen, dann haben sie sich gründlich geirrt. Unter den Stockarbeitern herrscht ein guter Geist. Mehr als einmal haben sie gezeigt, daß sie kämpfen können, wenn auf friedlichem Wege nichts zu erreichen ist. Das gleiche gilt von den Schirmarbeitern und Peitschenarbeitern. Sie alle wissen den Wert einer guten Organisation zu schätzen. In einigen Orten aber muß noch lebhafter für den Verband geworben werden, denn die hier herrschenden rückständigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse hemmen den Fortschritt in anderen Orten. Lernen wir von den Unternehmern. Wenn es gegen die Arbeiter geht, dann gibt es in ihren Reihen keine Meinungsverschiedenheiten. Mann für Mann halten sie zusammen. Das muß auch bei uns so sein. Hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband, er allein ist die Organisation, die uns helfen und vorwärtsbringen kann. H. Q.

Korbmacher.

Die Korbindustrie ist gegenwärtig gut beschäftigt. Das gilt ganz besonders für die Korbmöbelbranche. Die Konjunktur ist hier aber sehr ungesund. Mit Recht wird in den Unternehmerzeitungen betont, daß viel Ramschware hergestellt wird. Wir leben augenblicklich in einer Zeit, wo Korbmöbel die große Mode sind. Ihr Preis ist aber sehr hoch, und nur Leute mit einem gefüllten Geldbeutel können sich welche anschaffen. Die Unternehmer werfen nun billigere, aber in Material und Form miserabel schlechte Korbmöbel auf den Markt. Die Zahl derjenigen Käufer von solchen Sachen, die sich betrogen fühlen, wird bald recht groß sein. Und dann wird eine allgemeine Ernüchterung kommen. Diese Entwicklung ist zu bedauern, nach Lage der Dinge aber nicht zu verhüten. Je rascher sie zum Abschluß kommt, um so besser für die ganze Korbindustrie.

Unter diesen Umständen ist es also sehr ungewiß, wie lange der flotte Geschäftsgang noch anhalten wird. Hinzu kommt noch, daß die Weidenpreise eine Entwicklung nach oben annehmen, die geradezu unheimlich ist. Sie sind heute um gut 100 Prozent höher als in der Vorkriegszeit. Diese Preissteigerung ist völlig unberechtigt. Mit der Reichsregierung finden seit langem Verhandlungen statt über Mittel und Wege, wie die Weidenpreise auf eine erträgliche Höhe herabzudrücken sind. Ein Erfolg wurde bisher nicht erzielt. Bei diesen Fragen spielen auch die Einfuhrzölle auf Weiden eine große Rolle. Die Weidenzüchter sind selbstverständlich für Beibehaltung der Zölle, während die Korbmacher ihre Aufhebung fordern. Die Arbeiterschaft hat an der Versorgung der Industrie mit billigem Rohstoff ein lebhaftes Interesse, denn davon hängt die Geschäftslage in hohem Maße ab.

Die Korbmacherlöhne gehörten früher mit in die Gruppe der Elendslöhne. Dank der Arbeit unseres Verbandes ist das heute nicht mehr ganz so schlimm, aber immerhin sind die Löhne auch heute noch recht niedrig. Eine Lohnerhöhung tut dringend not. Wenn wir noch nicht weiter sind, so liegt das vornehmlich daran, daß einem Teil der Berufsgenossen der gewerkschaftliche Geist fehlt. Kleinmütig und gleichgültig leben viele Korbmacher dahin. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern sich nicht von selbst, auch die Unternehmer machen das nicht, sondern das müssen wir selbst schaffen. Wünschenswert ist auch eine größere Einheitlichkeit der Arbeitsbedingungen. Das Tarifvertragswesen muß ausgebaut werden. Dazu brauchen wir aber eine starke Organisation. Daran fehlt es in einigen Orten. Hier muß der Hebel angesetzt werden, die Werbewoche muß uns in dieser Hinsicht ein großes Stück vorwärtsbringen. Auch späterhin hat jeder Kollege und jede Kollegin die Pflicht, bei jeder Gelegenheit für den Verband zu werben. Mut, Zuversicht und Verbandsarbeit bringen uns vorwärts. Tue jeder seine Pflicht. A. B.

Musikinstrumentenarbeiter.

Die Musikinstrumentenindustrie war 1924 gut beschäftigt, auch gegenwärtig herrscht fast überall ein flotter Geschäftsgang. In den letzten Jahren sind zahlreiche neue Betriebe entstanden, teils sind es faule Inflationsgründungen, es befinden sich aber auch solide Unternehmungen darunter. Zweifelhaft ist, ob die Zahl der Beschäftigten heute größer ist als 1913. Mehrere große Pianofabriken haben heute eine kleinere Belegschaft als früher. Anderseits haben wir viele neue Betriebe, darunter einige ansehnliche Großbetriebe. Berücksichtigt man alles das, dann kann man sehr wohl der Meinung sein, daß die Zahl der Musikinstrumentenarbeiter heute größer ist als in der Vorkriegszeit. Die Frauenarbeit hat sich weitere Arbeitsgebiete erobert. Der Arbeitsprozeß ist in viele Einzeloperationen zerlegt, so daß die Arbeit von Arbeiterinnen und Jugendlichen verrichtet werden kann. Die Unternehmer klagen über Mangel an Facharbeitern; teilweise ist das zutreffend, im allgemeinen liegen die Verhältnisse aber so, daß, wenn anständige Löhne gezahlt werden, auch Facharbeiter vorhanden sind.

Trotz der guten Geschäftslage müssen die Musikinstrumentenarbeiter schwere Kämpfe führen. Die Unternehmer lehnen Lohnerhöhungen ab, angeblich weil höhere Löhne die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Musikinstrumentenindustrie vernichten. Im Vorjahr standen fast 3000 Berliner Kollegen acht Wochen lang im Kampf. Auch in anderen Orten gab es Streiks und Aussperrungen. Daß es den Unternehmern bei diesen Kämpfen um mehr als ein paar Pfennige Lohnerhöhung zu tun war, das gibt die „Deutsche Instrumentenbau-Zeitung" jetzt offen zu. Diese Zeitung ist das offizielle Organ des Verbandes deutscher Pianofortefabrikanten, des Vereins Berliner Pianofortefabrikanten und anderer Unternehmerverbände; es handelt sich also um eine Zeitung, die über die Ziele der Unternehmer gut unterrichtet ist. Die „Deutsche Instrumentenbau-Zeitung" beschäftigt sich in mehreren Artikeln mit der Entwicklung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Musikinstrumentenindustrie im Jahre 1924. Ganz offen wird hier festgestellt, daß die Unternehmer die Arbeitsverhältnisse auf den Vorkriegsstand zurückbringen wollen. Fort mit dem Achtstundentag, fort mit den Ferien und fort mit dem Tarifvertrag ist ihr Ziel. Der Unternehmer will die Lohn- und Arbeitsbedingungen selbst regeln, „ohne das Dazwischentreten der Organisationen". Das ist ganz der Standpunkt der schlimmsten Scharfmacher. Die Ferien sollen „verkürzt", eventuell abgeschafft werden. Die Wirtschaft könne solche Sonderlasten nicht tragen. Übrigens sei Deutschland neben England das einzige Land, wo es Arbeiterferien gebe. Das stimmt zwar nicht, aber der Zweck heiligt die Mittel.

Die Sprache der „Deutschen Instrumentenbau-Zeitung" muß deshalb wirken, daß sie so offen sagt, was das Ziel der Unternehmer ist. Die Musikinstrumentenarbeiter wissen nun, was ihnen droht, wenn die Unternehmer die Macht haben. Zurück in das Arbeitsjoch der Vorkriegszeit, ist das Ziel der Unternehmer. Wir aber wollen vorwärts, unser Ziel ist Erhaltung unserer Kampferrungenschaften und darüber hinaus eine weitere Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Darüber sind sich alle Musikinstrumentenarbeiter und -arbeiterinnen einig. Darum hinein in den Deutschen Holzarbeiter-Verband. Er allein ist die Bürgschaft unseres Sieges. W. R.

Knopfarbeiter.

Die Knopfindustrie war in den letzten Jahren starken Konjunkturschwankungen unterworfen. In den ersten Nachkriegsjahren herrschte Hochkonjunktur. Zahlreiche neue Betriebe entstanden: 1922 erfolgten allein in Berlin 11 Neugründungen, und auch in anderen Orten herrschte das Gründungsfieber. Solange das Geschäft flott ging, waren die Unternehmer unseren Forderungen einigermaßen zugänglich. Im Oktober 1919 kam ein Reichstarif zustande. Auch in der Folgezeit konnte, wenn auch erst nach Überwindung großer Schwierigkeiten, immer wieder eine Verständigung erzielt werden. Als die Geschäftslage merklich nachließ, hielten die Unternehmer ihre Zeit für gekommen; sie kündigten den Reichstarif, und ein neuer kam nicht zustande.

Unsere Kollegen waren nun gezwungen, örtliche Bewegungen zu machen. Zahlreiche Kämpfe mußten geführt werden, bis die Unternehmer sich zu Zugeständnissen bequemten. Anregungen zu einer neuen reichstariflichen Regelung lehnten die Unternehmer in der Regel ab. Im Herbst 1924 fühlten sich besonders die Berliner recht stark. Unsere Kollegen forderten eine Lohnerhöhung, zugleich erklärten sie sich bereit, einen Ortstarif abzuschließen. Daraufhin schrieb der Unternehmerverband: „Wir haben aus den Berichten unserer Mitglieder den Eindruck gewonnen, daß die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter der Knopfindustrie nicht mehr ihrer Organisation angehört, und daß demzufolge der Deutsche Holzarbeiter-Verband als Interessenvertretung der Berliner Knopfarbeiter im Augenblick nicht anzusprechen ist."

Die Berliner Unternehmer fühlten sich also schon so stark, daß sie Verhandlungen mit uns glaubten ablehnen zu können. Wir haben sie aber zu einer anderen Ansicht gezwungen. Auch in den anderen Orten geht es wieder vorwärts. Der Reichsarbeitgeberverband der Knopfindustrie hat kürzlich seine grundsätzliche Bereitschaft erklärt, über einen zentralen Mantelvertrag zu verhandeln. Die Lohnregelung soll aber örtlich vorgenommen werden. Was aus den Verhandlungen wird, läßt sich nicht absehen. Die Kollegen und Kolleginnen im Reiche geben sich jedenfalls keinen großen Hoffnungen hin. Kommt es zu einer zentralen Verständigung, dann ist es gut, wenn nicht, dann ist es ebenso gut. Gegenwärtig ist die Konjunktur so, daß die Arbeiterschaft etwas fester auftreten kann. Unsere Lohnverhältnisse müssen auf der ganzen Linie verbessert werden. Wir können uns den Unternehmern gegenüber aber nur durchsetzen, wenn wir als geschlossene Masse auftreten. Jetzt gilt es, die Gleichgültigen unter uns aufzurütteln, sie für den Verband zu gewinnen. Werbet für den Verband. P. H.

Stuhlarbeiter.

Die Stuhlindustrie ist ein Zweig der Möbelindustrie. Geht es dieser gut, geht es in der Regel auch jener gut. In letzter Zeit wird die deutsche Stuhlindustrie von der ausländischen Konkurrenz hart bedrängt. An erster Stelle stehen hier Polen und die Tschechoslowakei. In beiden Ländern hat sich die Stuhlindustrie in den letzten Jahren kräftig entwickelt. Vor allem sind es Stühle aus gebogenem Holz, die von dort kommen. Wie es möglich ist, daß diese Länder der deutschen Stuhlindustrie ernsthafte Konkurrenz machen können, bedarf einer näheren Untersuchung. In einer Unternehmerzeitung wurde kürzlich behauptet, der Cohn-Mundus-Thonet-Konzern, der in Polen, der Tschechoslowakei und noch in anderen Staaten Stuhlfabriken besitzt, verfolge den offen ausgesprochenen Zweck, durch rücksichtslose Preisunterbietungen die deutsche Stuhlindustrie dahin zu bringen, sich dem Konzern anzuschließen oder kaputt zu gehen.

Es ist möglich, daß die deutsche Stuhlindustrie zeitweise recht schwer unter ausländischer Konkurrenz zu leiden hat. Es handelt sich dann aber nur um eine Mache und nicht um eine gesunde wirtschaftliche Überlegenheit. Die deutsche Stuhlindustrie wird sich auf dem Weltmarkt behaupten. Dafür bürgt die Tüchtigkeit der Stuhlarbeiter. Die Unternehmer wissen das wenig zu schätzen. Sie spielen gern den Scharfmacher. So mancher Kampf ist von ihnen mutwillig vom Zaun gebrochen, wochen- und monatelang scharf geführt worden. In aller Erinnerung ist noch der 22wöchige Kampf in der sächsischen Stuhlindustrie im Sommer 1924. Die Unternehmer wollten den Abschluß eines Landestarifvertrages mit allen Mitteln verhindern. Sie wollten den Lohn und die Arbeitsbedingungen diktieren. Das ist ihnen nicht gelungen, und es wird ihnen auch in Zukunft nicht gelingen.

Die Stuhlarbeiter der Bezirke Geringswalde und Rabenau stehen gegenwärtig vor dem Abschluß eines neuen Kalkulationstarifes für Stühle, Armlehnstühle und Sessel. Die Kalkulation der Arbeiten erfolgt nach Zeit, und der Tarif ist so aufgebaut, daß er in allen Betrieben verwendet werden kann, gleichviel welche Arbeitsmethoden vorherrschen. Der Kalkulationstarif verdient die Aufmerksamkeit aller Kollegen.

Die Unternehmer sind fast restlos organisiert. In unseren Reihen dagegen klafft noch manche Lücke. Diese müssen geschlossen werden. Das Unternehmertum wird immer wieder versuchen, die Arbeiterschaft niederzuzwingen. Wehe uns, wenn wir nicht einig zusammenstehen. Jeder Stuhlarbeiter gehört in den Deutschen Holzarbeiter-Verband. E. S.

Modelltischler.

Die Modelltischler sind hochqualifizierte Arbeiter. Ein kleiner Teil von ihnen ist in Modellfabriken beschäftigt, die übergroße Mehrzahl arbeitet in Maschinenfabriken, und das ist gewissermaßen ihr Unglück. In der Metallindustrie herrschen fast durchweg ungünstigere Arbeitsverhältnisse als in der Holzindustrie. Da die Modelltischler heute unter die Metallarbeiter-Tarifverträge fallen, sind sie in bezug auf die Arbeitszeit, Ferien und sonstige Arbeitsbedingungen im allgemeinen schlechter gestellt als die Arbeiter der Holzindustrie. Mit einigen Ausnahmen gilt das auch in bezug auf den Lohn. Die Metallindustriellen zwingen nicht nur in ihren Betrieben den Modelltischlern Arbeitsverhältnisse auf, gegen die sich unsere Kollegen mit Recht auflehnen, sie verpflichten auch die Modellfabriken, den Modelltischlern keine günstigeren Arbeitsbedingungen zu gewähren, als sie in der Metallindustrie üblich sind. Das entspricht sicherlich auch dem Wunsche der Modellfabrikanten, denn diese sind in sozialer Hinsicht im allgemeinen nicht weniger rückständig als die Metallindustriellen. Mag dem aber sein, wie ihm wolle, jedenfalls steht fest, daß die Modelltischler fast durchweg ungünstigere Arbeitsbedingungen haben als die anderen Holzarbeiter.

Über diesen Zustand herrscht in den Reihen der Modelltischler helle Empörung. Hinzu kommt noch, daß in sehr vielen Fällen die Modelltischler von den Vertragsverhandlungen ausgeschaltet werden, man will sie einfach zwingen, sich dem Willen der Metallarbeiter und Unternehmer unterzuordnen. Dagegen wehren sich unsere Kollegen, sie wollen los von den Metallarbeiter-Tarifverträgen. Die Modelltischler verlangen mit Recht, daß ihre hochqualifizierte Arbeit entsprechend bezahlt wird. Sie fordern damit nicht mehr, als was anderen Berufsgruppen längst zugestanden ist. Wenn für Former und Gießer Sonderabkommen möglich sind, lassen sich solche auch für die Modelltischler durchführen.

Wenn die Modelltischler in der Metallindustrie nicht die Stellung einnehmen, auf die sie Anspruch haben, so ist das in erster Linie auf das mangelhafte Organisationsverhältnis zurückzuführen. Bei einer Umfrage unseres Verbandes im März 1924 wurde festgestellt, daß 15 Prozent der Modelltischler keiner Organisation angehören. Von den Organisierten waren 80,8 Prozent Mitglieder unseres Verbandes. Der Rest verteilt sich auf andere Verbände. Diese Zersplitterung ist bedauerlich. Für die Modelltischler ist der Deutsche Holzarbeiter-Verband die zuständige Organisation. Die uns noch fernstehenden Kollegen müssen für den Verband gewonnen werden. Es genügt aber nicht, nur Mitglied des Verbandes zu sein, jeder einzelne hat auch die Pflicht, sich allezeit an den Verbandsarbeiten zu beteiligen. Das Sektionsleben muß in allen Orten reger werden. Arbeite jeder Kollege nach seinen Kräften mit, dann werden auch wir Modelltischler unser Ziel erreichen. B. G.

Stellmacher.

„Nur nicht müde werden." Diesen Ausspruch möchte ich vorausschicken und auf die Agitation bezogen wissen. Die Unternehmer in unserer Branche sind unermüdlich, wenn es sich um die Vertretung ihrer Interessen handelt, und ihre politische und religiöse Stellung bietet für sie nicht den geringsten Hinderungsgrund, ihre wirtschaftlichen Interessen gemeinsam und einheitlich zu fördern und zu vertreten. Sie sind auch viel weitschauender als die Arbeiter und wissen frühzeitig genug, Maßnahmen zu treffen, um spätere Nachteile abzuwenden. Es ist den Unternehmern wohl bekannt, daß die Automobilindustrie in nächster Zeit wieder Aussicht auf besseren, stabileren Geschäftsgang hat. Um nun den voraussichtlichen Schwierigkeiten, die dann ein Mangel an Arbeitskräften im Gefolge haben könnte, zu entgehen und gleichzeitig den Lebensstandard dieser Arbeiterschichten möglichst niedrig zu halten, wird systematisch Vorsorge getroffen, und es werden mehr Arbeiter dieser Branche herangebildet, als die Industrie aufzunehmen in der Lage ist. Ähnliche Beobachtungen lassen sich auch anderwärts machen. Das sind Vorgänge, die nicht aufmerksam genug verfolgt werden können, wenn uns nicht unermeßlicher Schaden werden soll.

Größere Betriebe haben sich in früheren Jahren nur ganz vereinzelt mit der Ausbildung von Lehrlingen beschäftigt, während jetzt, seit etwa einem Jahre, die Lehrlingsausbildung einen Umfang angenommen hat, die das notwendige Maß weit übersteigt. Die Auswirkung dieser Maßnahme macht sich schon heute recht schmerzlich fühlbar, da die Deckung des Bedarfs an Stellmachern auch vom platten Lande noch mit unverminderter Stärke weiter vor sich geht. Die dort Ausgelernten haben in ihrem Lehrort überhaupt nicht die Möglichkeit, als Geselle weiterbeschäftigt zu werden, und bevölkern dann in den Städten die Arbeitsnachweise.

Diese Vorgänge gilt es zu erkennen und auf dem Posten zu sein. Im Hinblick auf die kommende stabilere Geschäftslage sollten unsere Kollegen ebenfalls gerüstet sein und unverzüglich Vorbereitungen treffen. In allen Betrieben muß eine lebhafte Agitation einsetzen und den unorganisierten Kollegen begreiflich gemacht werden, daß die Wurzel ihrer Kraft nur in dem Zusammenschluß in ihrer Organisation liegt. Denn die Auswirkung der vorbezeichneten Vorgänge werten sich später in Arbeitslosigkeit und Niedrighaltung der Löhne um und machen vor irgendwelcher politischen Richtung nicht halt.

Deshalb keine Zersplitterung mehr! Haltet Ausschau auf die kommenden wirtschaftlichen Gefahren in eurer Branche und zieht die einzig mögliche Konsequenz daraus, die darin gipfeln muß: Schafft euch frühzeitig Rückhalt in eurer Organisation, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband, und tragt zu seiner Erstarkung bei, denn ihr stärkt euch dadurch selbst. Werbt neue Mitglieder und erlahmt nicht in der Agitation für den Verband. Werdet nicht müde! E. F.

Unternehmer für die Kürzung der Krankenunterstützung.

Alle anständigen Menschen der ganzen Welt sind sich darüber einig, daß der deutsche Arbeiter zu den arbeitswilligsten und fleißigsten Menschen der Erde gehört. Nur allein gewisse Unternehmer sehen in dem deutschen Arbeiter ein Faultier, das an die Arbeit getrieben und dort festgehalten werden muß. Anlaß zu dieser Feststellung gibt uns ein Artikel im „Arbeitgeber", der Zeitschrift der „Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände". Der Verfasser, Regierungsbaumeister a. D. W. Bolz, besitzt die Dreistigkeit, zu behaupten, daß den Arbeitern der Arbeitswille fehle und sie jede Gelegenheit benutzten, um sich von der Arbeit zu drücken. Auffällig sei die große Zahl der Krankmeldungen, in Wirklichkeit handle es sich aber fast durchweg um gesunde Arbeiter, die nur in den Genuß des hohen Krankengeldes kommen wollten. Daß die Arbeiter bei den Krankmeldungen es nur auf das Krankengeld abgesehen hätten, gehe daraus hervor, daß die Krankmeldungen abnehmen, wenn das Krankengeld niedrig bemessen ist, während seine Erhöhung eine starke Zunahme der krankfeinwollenden Arbeiter bringe. Als Beweis für diese Behauptung veröffentlicht er Zahlenmaterial aus drei Großbetrieben.

Zunächst wäre zu prüfen, wie das Material zustande gekommen, ob es den Tatsachen entspricht. Aber nehmen wir einmal an, es habe seine Richtigkeit. Vergleicht man die Entwicklung der Krankmeldungen mit der jeweiligen Höhe des Krankengeldes, dann kommt man zu einem ganz anderen Ergebnis wie W. Bolz. Nur in einigen Monaten zeigen beide die gleiche Entwicklungslinie. Sonst aber zeigen die Krankmeldungen trotz der starken Ermäßigung des Krankengeldes eine steigende Tendenz. Nach Bolzes Material betrug das Krankengeld in den letzten Monaten der Jahre 1922 und 1923 in Gold umgerechnet nur einige Pfennige, zeitweise nicht einmal einen einzigen Goldpfennig. In der gleichen Zeit haben die Krankmeldungen zugenommen. Noch mehr spricht die Entwicklung im Jahre 1924 gegen die dreiste Unterstellung Bolzes. In diesem Jahre hat das Krankengeld gegenüber seinem Satz in den Vorjahren eine wesentliche Erhöhung erfahren. Wenn Bolzes Behauptung zutreffend wäre, daß die Arbeiter sich nur krank melden, wenn es ein möglichst hohes Krankengeld gibt, dann hätte 1924 die Zahl der Kranken mächtig anschwellen müssen. Das Gegenteil ist der Fall. Nur in den ersten Wochen zeigen die Krankmeldungen eine Steigerung, dann nehmen sie stark ab.

Die Unternehmer, die den „Arbeitgeber" lesen, werden sich nicht die Mühe machen, Bolzes Material kritisch zu prüfen, sie lesen seine niedergeschriebene Behauptung, daß die Arbeiter sich krank melden, nicht, weil sie krank sind, sondern weil ihnen ein hohes Krankengeld winkt. Mit der jenen Unternehmern eigenen Dreistigkeit behauptet Herr W. Bolze, das Krankengeld ist zu hoch, es muß gekürzt werden, damit der Arbeiter gezwungen ist, zu arbeiten, wenn er auch krank ist.

Zutreffend ist von Bolzes Ausführungen allein folgender Satz: „Schwankungen in der Krankenziffer sind also kein Ausdruck des wirklichen Gesundheitszustandes einer Belegschaft." Bolze will damit sagen, die Arbeiter melden sich bei der Krankenkasse, nicht weil sie krank sind, sondern weil sie die hohe Unterstützung haben wollen. Das ist eine jener böswilligen Verleumdungen, die zum Handwerkszeug jener Leute im Unternehmerlager gehören. Die Krankmeldungen bringen den wirklichen Gesundheitszustand der Arbeiter deswegen nicht zum Ausdruck, weil sich nur diejenigen krank melden, die absolut nicht mehr mitkönnen. Wenn ein Arbeiter krank ist, dann überlegt er es sich nicht nur einige-, sondern hundertmal, bevor er sich krank meldet. Kranksein bedeutet stets Lohnverlust, mag das Krankengeld auch noch so hoch sein. Das wissen auch die Unternehmer, aber sie handeln nach dem Grundsatz: Der Zweck heiligt die Mittel. Der Artikel im „Arbeitgeber" ist ein weiterer Beweis dafür, mit welch schmutzigen Waffen gegen die Arbeiterschaft gekämpft wird.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 12. Wochenbeitrag für die Woche vom 15. März bis 21. März fällig geworden.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Freiburg i. Schl. Unsere Verwaltungsstelle hielt am 8. Februar eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab, die hauptsächlich der Ehrung von 34 Kollegen gewidmet war, welche 25 bis 36 Jahre treue Mitglieder unseres Verbandes waren. Gleichzeitig konnte Kollege Nitschke sein 25jähriges Jubiläum als Verwaltungsmitglied feiern. In einer Ansprache dankte der Bevollmächtigte den Jubilaren im Namen der Organisation für die bisher bewiesene Treue; er gab der Überzeugung Ausdruck, daß sie auch weiterhin mit der gleichen Gewissenhaftigkeit und dem gleichen Pflichtbewußtsein wie seither im Interesse des Verbandes arbeiten werden. Den jüngeren Kollegen sind diese Alten ein Vorbild, dem nachzueifern sie sich bemühen sollen. Nach Überreichung der Ehrendiplome dankte Kollege Trallst im Namen der Jubilare. Er wies dabei auf den Nutzen hin, den unser Verband den Holzarbeitern in ihrer Gesamtheit und damit jedem einzelnen Kollegen bringt. Im gemütlichen Beisammensein mit den Jubilaren wurden die Ereignisse der vergangenen Jahre noch einmal in Erinnerung gerufen. Bei vorgerückter Stunde fand die Feier ihren Abschluß. Man trennte sich in dem Bewußtsein, Teilnehmer einer schönen und erhebenden Feier gewesen zu sein.

Trossingen. In der Vorkriegszeit waren die Trossinger Harmonikaarbeiter so gut wie nicht organisiert und dementsprechend niedrig bezahlt. Nach der Revolution hat der Beitritt zur Gewerkschaft diesen Kollegen überaus schöne Erfolge ohne irgend größeren Kampf gebracht, indem die Lohnbewegung der Holzindustrie meist mit der Harmonikaindustrie zusammen geführt wurde. Auf der Höhe des Erfolges setzte bei den noch zum großen Teil landwirtschaftlichen Nebenerwerb treibenden ansässigen Arbeitern die alte Gleichgültigkeit ein, man glaubte, die Früchte der gewerkschaftlichen Arbeit einheimsen zu können, ohne Mitglied zu sein. Das brachte aber im Laufe des vorigen Jahres wiederholt Lohnreduzierungen, Arbeitszeitverlängerung und Betriebseinschränkung in abwechselnder Reihenfolge. Das wirkte; man begann sich wieder für die Organisation zu interessieren. Obwohl unser Verband selbst auch große Lücken aufwies, hatte sich ein guter Stamm gelernter Holzarbeiter im Verhältnis zur allgemeinen, und größtenteils dem Deutschen Metallarbeiter-Verband untreu gewordenen Belegschaft noch gut behauptet. Nun wurde von übereifrigen Strategen mit der „Einheitsorganisation" Propaganda gemacht, nachdem Lohnbewegungen mit zu neun Zehnteln unorganisierten Filialbetrieben nicht glückten. Die Holzarbeiter sollten wieder, wie das Jahr vorher, als Sturmbock benutzt werden, und um die Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu sanieren, wurden Akkordeontischler als Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes aufgenommen, dann ein Teil Übertritte vollzogen aus rein für unsern Verband zuständigen Abteilungen. Ohne Zweifel wurde den Leuten von einem besonderen Harmonikaindustrieverband vorgefaselt, wohl in der Meinung, sie damit eher für die Organisation gewinnen zu können. Es würde aber heute trotz allem die Gewerkschaftsbewegung am Platze stärker sein, wenn beide Organisationen unter den für sie zuständigen Berufen ihre Agitation betreiben würden. Die Schwäche der sich für allein maßgebend erachtenden Organisation tritt aber um so auffälliger zutage, wenn sie die auf gleichem Boden stehenden Gewerkschaftsmitglieder zum Übertritt bewegen muß, um ihre Verwaltungsstelle zu halten. Wir rufen allen Holzarbeitern der Trossinger Harmonikaindustrie zu: Bleibt eurer Berufsorganisation treu! Werbt für den Deutschen Holzarbeiter-Verband. Ihr seht aus dem Verhalten der Arbeitgeber jetzt deutlich, was für einen Eindruck die sogenannte „Einheitsorganisation" auf sie macht. Haltet euch an den Verband, solange es noch an der Zeit ist.

Unsere Lohnbewegung.

Für den **Landesbezirk Baden** hat der Schlichtungsausschuß in Karlsruhe am 12. März einen Schiedsspruch gefällt, der den Spitzenlohn in der II. Ortsklasse auf 77 Pf. festsetzt. Über die Anträge der Unternehmer auf Abstriche in verschiedenen Branchen sollen die Parteien weiter verhandeln.

Für die **thüringische Holzwarenindustrie** ist nun doch am 10. März eine Vereinbarung getroffen worden. Die Löhne werden um 12 Prozent, in der Spitze auf 65 Pf., die Akkordsätze um 10 Prozent erhöht; auch in Hermsdorf, wo schon vorher eine Vereinbarung getroffen war, bleibt der Lohn für die Dauer dieses Abkommens 65 Pf. Von dieser Lohnerhöhung mußte die Pfeifenindustrie, in der der Geschäftsgang außerordentlich schlecht ist, ausgenommen werden, doch sind hier die vorgenommenen Lohnabzüge rückgängig zu machen.

Für den **Landesbezirk Mecklenburg** wurde am 11. März ein Abkommen getroffen, nach welchem die Durchschnittslöhne ab 14. März um 8 Pf. an der Spitze erhöht werden. Nunmehr beträgt der Durchschnittslohn in den Ortsklassen II bis VI 70, 67, 65, 63½ und 62 Pf.

Für den **Landesbezirk Hamburg** wurde am 7. März ein Abkommen getroffen, welches den Spitzenlohn in den fünf Ortsklassen auf 87, 78, 74, 70 und 67 Pf. festsetzt. Für Hamburg wurde hierbei vereinbart, daß die Löhne bis 90 Pf. um 7, die von 91 bis 100 Pf. um 6 und die über 100 Pf. um 5 Pf. erhöht werden. In ähnlicher Weise erfolgt eine Erhöhung der Akkordsätze.

Im **Landesbezirk Bremen** war eine Verständigung über die Lohnfrage nicht zu erzielen. In Bremen, Vegesack, Oldenburg und Osnabrück ist es zur Arbeitseinstellung gekommen.

Im **Landesbezirk Niedersachsen** haben, wie bereits berichtet, die Unternehmer den Spruch des Lohnamtes abgelehnt. Sie haben im Vertrauen zu dessen Zuverlässigkeit den Schlichtungsausschuß in Hannover angerufen. In dem von diesem auf den 7. März angesetzten Termin bestritten unsere Kollegen, gestützt auf § 12, Absatz 3 der Ausführungsverordnung über das Schlichtungswesen, seine Zuständigkeit. Der Vorsitzende erklärte darauf, daß er die Verhandlung schließe, und kündigte an, daß er die Arbeitervertreter unter Androhung von 1000 Mk. Geldstrafe zu einem neuen Termin laden werde. Er lud jedoch nicht zu einer neuen Sitzung, sondern fällte in Abwesenheit der Arbeitervertreter einen Schiedsspruch, der beträchtlich hinter dem Spruch des Lohnamtes zurückbleibt. Der Spruch ist natürlich ungültig und kann die weiteren Maßnahmen unserer Kollegen nicht beeinflussen. In Hannover, Braunschweig, Peine, Alfeld und Nordhausen haben insgesamt etwa 600 Kollegen die Arbeit eingestellt. Die Unternehmer haben die Gesamtaussperrung angedroht. — Dazu ist es aber nicht gekommen. Die Unternehmer boten neue Verhandlungen an, die am 11. März zu einer Verständigung führten. Die vereinbarten Löhne gehen über den Spruch des Lohnamtes hinaus und betragen in den fünf Ortsklassen 77, 71, 66, 61 und 56 Pf. Die Arbeit wurde in den Streikorten wieder aufgenommen.

Für **Kassel und Umgegend** wurde ein Abkommen getroffen, welches den Durchschnittslohn an der Spitze ab 21. Februar auf 70 Pf., ab 7. März auf 74 Pf. festsetzt. Der Durchschnittslohn beträgt somit in den vier Ortsklassen 74, 70, 67 und 63 Pf.

Für die **Sägewerke in Franken** wurde am 6. März eine Vereinbarung getroffen, nach welcher die Löhne durchweg um 5 Pf. erhöht werden. Die Mindestlöhne betragen nunmehr in den fünf Ortsklassen an der Spitze 65, 56, 53, 48 und 43 Pf.

Für die **Sägewerksindustrie in Oberhessen** fällte der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch, der ab 1. März den Spitzenlohn in den drei Ortsklassen auf 58, 52 und 49 Pf. festsetzt. Handwerker erhalten hierzu 10 Prozent Zuschlag.

Für die **Sägewerksindustrie in Ostpreußen** hat der tarifliche Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch gefällt, der den Spitzenlohn für die Zeit vom 5. März bis 30. April in den drei Ortsklassen auf 42, 41 und 39 Pf., ab 1. Mai auf 43, 42 und 40 Pf. festsetzt.

Für die **Sägewerksindustrie in Mittelschlesien** fällte der Schlichtungsausschuß in Breslau einen Schiedsspruch, der den Spitzenlohn für die Zeit vom 14. Februar bis 27. März in den fünf Ortsklassen auf 58, 42, 40, 38 und 37 Pf. festsetzt.

Für die **Bürstenindustrie in Südwestdeutschland** hat der Schlichtungsausschuß in Freiburg i. B. am 25. Februar einen Schiedsspruch gefällt, der den Spitzenlohn in den drei Ortsklassen auf 63, 58 und 53 Pf. festsetzt. Dieser Schiedsspruch wurde von den Unternehmern am 5. März abgelehnt. In Todtnau haben darauf die Kollegen in einem Betrieb die Arbeit eingestellt. Die Unternehmer haben alsdann die Arbeiter aller Betriebe in Todtnau und in Schönau im Wiesenthal ausgesperrt.

In Berlin wurde für die Musikinstrumentenindustrie ein Schiedsspruch gefällt, nach welchem die seitherigen Lohn- und Akkordsätze um 5 Prozent erhöht werden. Dementsprechend erhöht sich mit Wirkung ab 26. Februar der Tariflohn auf 90 Pf.

In Leipzig wurde am 10. März ein Lohnabkommen für die Maßstabindustrie getroffen, das vom 1. März bis 6. Juni gilt. Der Tariflohn beträgt für Facharbeiter 78 Pf., für Angelernte 70½ Pf., für Hilfsarbeiter 66 Pf. Für Arbeiterinnen der gleichen Kategorien 45½, 43½ und 40½ Pf.

In Sondershausen bestehen bei der Firma Hausknecht, Präzisions-Werke, und dem Sägewerk Ifland Differenzen. Beide Firmen weigern sich, den Landestarif anzuerkennen. Erstere versucht, anderweitig Tischler, Maschinenarbeiter sowie einen Heizer zu erlangen. Zuzug ist strengstens fernzuhalten.

In Stettin wurde am 5. März ein Abkommen für die Säger getroffen, durch welches der Spitzenlohn auf 54 Pf. erhöht wird.

Aus der Holzindustrie.

Zur Lohnbewegung in der Holzwarenindustrie in Thüringen.

Der Arbeitgeberverband der Holzwarenfabrikanten in Thüringen veröffentlicht in der „Holzindustrie" vom 2. März einen Bericht über die Bewegung der Holzwarenarbeiter, bei dem man sich unwillkürlich fragen muß, ob der Schreiber der Zeilen, der wohl nicht weit vom Bureau des Arbeitgeberverbandes in Weimar zu suchen ist, noch seine fünf Sinne beisammen hat. (Der Syndikus, Herr Neuhoff, hat übrigens, was beiläufig bemerkt sei, entschieden bestritten, den Artikel geschrieben zu haben.) Leider müssen wir zu dem Bericht Stellung nehmen, obgleich wir es ungern tun, denn es ist eine Sache, die man nur mit der Kneifzange anfassen kann.

Es handelt sich um folgendes:

Die Unternehmer in der thüringer Holzindustrie hatten das bestehende Lohnabkommen zum 15. Januar 1925 aufgekündigt. Als Begründung war von dem Unternehmerverband eine 10prozentige Lohnherabsetzung verlangt worden. Den Unternehmern war die Ankündigung des beabsichtigten Lohnabzuges anscheinend unbequem. Sie verleugneten überall ihre Leitung und erklärten unsere Angaben als Schwindel. Sie hätten gar nicht abziehen wollen, sie wollten auch jetzt nicht abziehen. Der Syndikus hätte aus sich heraus die Sache angefangen, und ähnliche Ausreden mehr.

In der ersten Verhandlung bestanden aber die Unternehmer auf ihrem Abzug, wenigstens begründete ihn der Syndikus in längerer Ausführung. Ob er dies mit oder ohne Zustimmung der Unternehmer getan hat, wissen wir natürlich nicht. Zum Schluß der Verhandlung wollen die Unternehmer ihren Abzug wieder zurückgenommen haben. Die Mehrzahl der Kommission der Arbeiter hat davon nichts gehört. Aber sei dem, wie es wolle, in Schweina haben die Unternehmer der Pfeifenindustrie tatsächlich 8 Prozent Akkordpreisabzug vorgenommen. Die Arbeiter, die nur zur Hälfte organisiert sind, konnten sich dagegen nicht wehren, zumal sofort auch die Arbeitszeit auf drei Tage verkürzt worden ist. Die Verhandlungen sind ergebnislos abgebrochen worden.

Die Unternehmer haben daraufhin den Schlichter angerufen, weil in einigen Betrieben die Überstunden eingestellt worden waren, und verlangten nun eine Regelung des Lohnabkommens für die Holzwarenindustrie. Weil unserm Gauvorsteher mitgeteilt worden war, wohl durch ein Versehen in der Kanzlei des Schlichters, daß nur für einen Betrieb verhandelt werden sollte, haben wir die Verhandlung abgelehnt. Die Unternehmer haben daraufhin ihren Antrag zurückgenommen. Nachdem aber die Unternehmer uns mit den Tischlern vor den Schlichter gezerrt hatten, verlangten wir nun ebenfalls eine Verhandlung vor dem Schlichter für die Holzwarenindustrie. Für die Tischlerei wurde ein Schiedsspruch gefällt, der 8 Pf. Lohnerhöhung in der Spitze vorsah.

Die Verhandlung vor dem Schlichter ist nun von dem „Herrn Artikelschreiber" in Weimar so falsch dargestellt worden, daß man die Absicht der unrichtigen Wiedergabe nur zu deutlich merkt. Die Darstellung in der „Holzindustrie" ist so wissentlich unwahr, daß man sich denn doch fragen muß, ob man sich mit solchen Leuten noch unterhalten kann. Das vorgelegte „ausführliche Material" war so unzuverlässig, daß es sofort in einigen Fällen als grob falsch zurückgewiesen werden konnte. Dann enthielt es kleine Orte oder einzelne Betriebe, die sich absolut nicht mit dem Tarifvertrag der thüringischen Holzwarenindustrie vergleichen lassen.

Nicht der Schlichter hat dem Deutschen Holzarbeiter-Verband nahegelegt, den Antrag auf Schlichtung zurückzuziehen, sondern wir haben es getan, weil es mit solchen Vertretern kaum möglich ist, an einem Tische zu verhandeln, wenn die Wahrheit so Kopf gestellt wird. Wir sahen keinen Weg für den Schlichter, einen Schiedsspruch zu fällen. Wir haben den Unternehmern nahegelegt, ihren Antrag gleichfalls zurückzuziehen, weil eine Lösung bei ihrer Stellungnahme doch nicht zu erwarten sei. Würde ein Schiedsspruch gefällt, der den Bedürfnissen der Arbeiter nicht entspräche, dann würde er abgelehnt werden. Nach langer Beratung unter sich haben die Unternehmer dann ebenfalls ihren Antrag zurückgezogen. Es wurde aber vereinbart, daß noch einmal eine Besprechung der Kommissionen ohne Schlichter stattfinden sollte im Bureau des Arbeitgeberverbandes, um vielleicht eine neue Verhandlungsmöglichkeit zu finden.

In der Verhandlung vor dem Schlichter hatte der Unternehmer-Syndikus mehrfach die Behauptung aufgestellt, daß die Arbeiter über die blödsinnige Forderung auf 20 Prozent Lohnerhöhung, welche von der Gauleitung gestellt sei, gelacht hätten, daß sie den Lohn gar nicht haben wollten. Wo die Unternehmer die Betriebsräte gefragt haben, sei ihnen

immer der Bescheid geworden, daß sie nicht damit einverstanden gewesen seien.

Lediglich um den Unternehmern die Möglichkeit zu geben, dies nachzuprüfen, ist in der Zusammenkunft ohne Schlichter den Unternehmern gesagt worden, sie sollten es einmal mit den Betriebsräten versuchen, wenn sie glaubten, die Arbeiter wollten diese Löhne nicht haben. Wir wollten an diesen Verhandlungen nicht teilnehmen oder uns einmischen. Dies ist die „Vereinbarung“. Alles andere ist erdichtet, wohl zu dem Zweck, um die Hinterhältigkeit der Unternehmer zu verdecken. Denn die Unternehmerorganisation hat sofort diese angebliche Vereinbarung hinausgegeben und sich zwischen die Verhandlungen mit den Betriebsräten gemischt. Es ist kein Wort davon gesprochen worden, daß sich die Verhandlungen auf der Grundlage von 5 bis 12 Prozent Lohnerhöhung bewegen sollten. Auch nicht davon, daß die Pfeifenindustrie ausgeschlossen werden sollte. Für die Spielwaren haben die Unternehmer wohl noch einen ganzen Betrieb in ihrer Organisation. Der Abschluß eines „Burgfriedens“ existiert nur in der Phantasie des Artikelschreibers. Bei der Zusammenkunft ist jedenfalls mit keinem Wort davon gesprochen worden.

Den Unternehmern war bekannt, und es wurde von uns auch nicht verschwiegen, daß in der Schuhleistenfabrik von Bergner in Eisenach zwischen Betriebsrat und Leitung schon vor den angesetzten Verhandlungen eine Vereinbarung getroffen war, die 5 Prozent Akkordlohnerhöhung und 12 Prozent für Lohnarbeiter Erhöhung vorsah, ferner die Bestimmung enthielt, daß bei höheren Abmachungen der höhere Lohn gezahlt wird. Diese Vereinbarung ist gegen unseren Willen zustande gekommen. Bergner ist überdies aus Anlaß dieser Lohnvereinbarung aus seinem Verbande ausgeschieden.

Die Unternehmer haben lediglich nach dieser Lohnerhöhung Anweisungen an ihre Verbandsmitglieder gegeben, von einer Vereinbarung, daß sich die Lohnerhöhungen in diesem Sinne bewegen sollten, ist natürlich mit keinem Wort gesprochen worden. Der Wunsch mag der Vater des Gedankens gewesen sein.

Der Erfolg der Verhandlung mit den Betriebsräten zeigte sich natürlich sehr schnell in einer Anzahl Streiks. Die Anbahnung neuer zentraler Verhandlungen durch die Unternehmer mag den Beweis erbringen, daß den Unternehmern nicht ganz wohl bei der so unsauberen Sache ist. Hoffentlich sehen sie nun ein, daß sich die Unwahrhaftigkeit ihrer Leitung an ihnen rächt und der Krieg auf ihrem Rücken ausgefochten wird. (Die Differenzen sind inzwischen, wie an anderer Stelle des Blattes berichtet wird, beigelegt.) G.

Gewerkschaftliches.

Eisenbahnerstreik.

Die Reichseisenbahn ist eine private Aktiengesellschaft, in deren Aufsichtsrat die scharfmacherischen Industriellen einen maßgebenden Einfluß ausüben. Die Wirkung dieses Einflusses macht sich in der Festsetzung der Arbeitsbedingungen für die Angestellten und Arbeiter der Reichsbahn deutlich bemerkbar. Die Bezüge der oberen Beamten sind äußerst freigebig bemessen, um so mehr wird bei den unteren Beamten und den Arbeitern geknapst und gespart; dafür ist aber auch deren Arbeitszeit um so länger. Die in der Verwaltung maßgebenden Großindustriellen sind sorgsam darauf bedacht, die Arbeitsbedingungen der Eisenbahner so ungünstig zu gestalten, daß sie nicht die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter in der Privatindustrie reizen.

Für die Angestellten und Arbeiter der Reichsbahngesellschaft besteht ein Tarifvertrag. Dessen Bestimmungen über Arbeitszeit und Lohn wurden von den Gewerkschaften am 31. Januar zum Ablauf am 1. März gekündigt. Die Verwaltung verstand es, den Eintritt in Verhandlungen hinzuziehen, am 26. Februar berief sie die Vertreter der Gewerkschaften, die sie vorher wiederholt gehört hatte, ohne sich auf Verhandlungen einzulassen, um ihnen mitzuteilen, daß sie die Forderungen ablehne. Diese gipfelten in der Wiedereinführung des Achtstundentages und einer Erhöhung des Stundenlohnes um 6 Pfennig. Als die Gewerkschaften ihre Forderungen aufrechterhielten, wurden zum 5. März neue Verhandlungen anberaumt, in welchen die Verwaltung auf ihrem ablehnenden Standpunkt beharrte, aber die endgültige Entscheidung wieder ein paar Tage hinausschob.

Inzwischen war die Gärung unter den Eisenbahnern immer stärker geworden. An verschiedenen Stellen brachen Streiks aus, die von der Verwaltung der Öffentlichkeit gegenüber vertuscht wurden, aber tatsächlich den Güterverkehr schon empfindlich beeinträchtigten. Die Gewerkschaftsleitungen waren bemüht, den Ausbruch des allgemeinen Kampfes zurückzuhalten, bis alle Mittel, zu einer friedlichen Verständigung zu kommen, erschöpft waren. Am 13. März tagte die vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schlichtungskammer. Sie fällte allein mit der Stimme des Vorsitzenden einen Schiedsspruch, der nur zu geeignet ist, Öl ins Feuer zu gießen. An der Spitze des Schiedsspruches steht die Wiederaufnahme der Arbeit. Die von den Arbeitern gekündigten Vertragsbestimmungen werden bis zum 1. Oktober verlängert. Nach einigen Wochen soll geprüft werden, ob für einige Gruppen des Personals die Arbeitszeit verkürzt werden kann, ohne daß der Gewinn der Reichsbahn eine Minderung erfährt. Die seitherigen Löhne bleiben bestehen, aber von Mitte März an sollen die Grundlöhne der Höchstaltersstufe um 3 Pf. erhöht werden. Die Erklärungsfrist währt bis zum 17. März.

In dem Augenblick, wo diese Zeilen in Druck gehen, haben die Parteien noch nicht gesprochen, aber es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Spruch von den Arbeitern abgelehnt wird. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, der in der Schlichtungskammer die Entscheidung fällte, hat der bei seiner Behörde vorhandenen Einstellung Rechnung getragen, die dahin geht, vor dem Achtstundentag theoretisch eine Verbeugung zu machen, ihn aber in der Praxis zu bekämpfen. Die Vermutung, daß das Reichsarbeitsministerium den Schiedsspruch, wenn er abgelehnt wird, verbindlich erklärt, ist naheliegend. Ob aber dieser Zwang das richtige Mittel ist, die ungeheure Erregung zu dämpfen, von der die Eisenbahner erfaßt sind, darf billig bezweifelt werden. Es steht zu befürchten, daß die Eisenbahner den Schiedsspruch als einen Hohn empfinden, der das Gefühl des ihnen zugefügten Unrechts noch steigert und zur Zerreißung aller Dämme führt. Die Gefahr, daß das deutsche Wirtschaftsleben durch einen großen Eisenbahnerstreik lahmgelegt wird, scheint sehr nahe. Die Schuld daran würden die großkapitalistischen Dirigenten in der Reichsbahngesellschaft und die mit ihnen sympathisierende Reichsregierung tragen.

Zwei von den Alten.

Am 4. März ist Otto Sillier, der frühere Vorsitzende des Verbandes der Lithographen und Steindrucker, im Alter von 67 Jahren gestorben. Mit ihm ist einer der Alten in der Arbeiterbewegung aus dem Leben geschieden. Er stand an der Wiege seiner Berufsorganisation. Als der Verband der Lithographen und Steindrucker im Jahre 1890 gegründet wurde, wurde der seitherige Leiter des Berliner Fachvereins der Steindrucker Otto Sillier, zum Verbandsvorsitzenden gewählt. Dieses Amt hat er 28 Jahre lang bekleidet. Daneben war er auch der Sekretär der internationalen Verbindung seiner Berufsgenossen, die im Jahre 1907 ins Leben gerufen wurde. Die Entbehrungen der Kriegszeit haben seine Gesundheit untergraben; er wurde deshalb im Jahre 1919 in den wohlverdienten Ruhestand versetzt. Nun hat ihn der Tod von seinem schweren Leiden erlöst.

Am Tage zuvor starb Gustav Eifler, ein Veteran der Buchdruckerbewegung. Eifler, der ein Alter von fast 78 Jahren erreicht hat, wurde schon in jungen Jahren an hervorragende Stellen seiner Organisation berufen. Bereits im Jahre 1869 war er Vorsitzender der Breslauer Buchdrucker. Dann kam er nach Berlin und wurde hier zunächst zweiter, dann erster Gauvorsteher. Im Jahre 1888 trat er in den Vorstand des Buchdrucker-Verbandes ein. Seit 1891 war er Verbandskassierer. Nachdem er dieses Amt 30 Jahre verwaltet hatte, trat er im Jahre 1921 in den Ruhestand. Er hat sich um seine Organisation und damit um die Arbeiterbewegung außerordentliche Verdienste erworben.

Zwei Männer sind aus dem Leben geschieden, die der früheren Generation der Gewerkschaftsbewegung angehörten. Die heutige Zeit stellt andere Ansprüche, aber deshalb soll man derer nicht vergessen, die an den Anfängen mitgearbeitet und mühsam Baustein an Baustein gereiht haben. Ihre Namen werden in der Geschichte der Arbeiterbewegung mit Ehren genannt werden.

Literarisches.

Die Grundlinien der Weltgeschichte. Eine einfache Schilderung des Lebens und der Menschheit von H. G. Wells. Mit vielen Bildern und Karten. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68. 670 Seiten. Preis in Leinenband 20,— Mk. Für Verbandsmitglieder durch die Ortsverwaltung bezogen 10,— Mk.

Eine Weltgeschichte, die von der frühesten Jugend der Menschheit bis zur neuesten Zeit reicht, in einem Bande! Das monumentale Werk des Engländers Wells, das in autorisierter Übersetzung vor uns liegt, ist eine einzigartige Leistung. Der Verfasser will im Gegensatz zu der herkömmlichen Geschichtsschreibung, die die Geschichte einzelner Nationen und Perioden gibt, dem Leser einen Überblick über die Weltgeschichte als Ganzes bieten. Der Unterschied beider Darstellungsweisen wird durch einen Satz im Vorwort gekennzeichnet: „Dieses Buch behandelt Zeitalter, Rassen und Nationen, während sich die Geschichte meist mit Regierungszeiten, Stammbäumen und Feldzügen befaßt.“ Es handelt sich um ein Werk, das so recht geeignet ist, den Blick zu weiten. Es ist ein wertvolles Buch, dessen Studium angelegentlich empfohlen werden kann.

Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe. Von M. Beer. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68. 510 Seiten. Preis in Leinen gebunden 10,— Mk. Für Verbandsmitglieder durch die Ortsverwaltung bezogen 8,— Mk.

Die materialistische Geschichtsauffassung lehrt, daß die Begebenheiten nicht das Werk einzelner großer Männer sind wie es in der Darstellung der idealistischen Geschichtsauffassung erscheint, sondern daß die ökonomischen Verhältnisse den Gang der Geschichte bestimmen. Große Bewegungen, wie etwa die Reformation, sind, wenn man ihren Ursachen nachgeht, nicht sowohl der Ausfluß dogmatischer Meinungsverschiedenheit, als vielmehr eine Folge der wirtschaftlichen Lage der breiten Volksmassen zur damaligen Zeit. In ähnlicher Weise findet man, wenn man tiefer in die Zusammenhänge eindringt, daß geschichtliche Vorgänge, die uns bisher in ganz anderer Weise dargestellt wurden, in Wirklichkeit soziale Kämpfe waren. Unter solchen Gesichtspunkten hat Beer umfassende Studien angestellt, deren Ergebnis das vorliegende Buch ist.

Reichsversicherungsordnung. Amtliche Textausgabe. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin SW. 19, Gertraudtenstraße 24. Normalpreis 5,— Mk., Vorzugspreis 3,60 Mk.

Die Reichsversicherungsordnung hat in den letzten Jahren manche Abänderung erfahren. Der jetzt geltende amtliche Text ist Ende 1924 im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Der vorliegende Abdruck mit Inhaltsübersicht und Stichwörterverzeichnis ist auf Dünndruckpapier hergestellt, so daß das umfangreiche Gesetzbuch ein handliches Format hat.

Ossendowski und die Wahrheit. Von Sven Hedin. Verlag F. A. Brockhaus, Leipzig. Preis 2,— Mk.

Das Buch ist eine Streitschrift gegen das Buch des polnischen Professors Ossendowski „Menschen, Tiere und Götter“, das eine starke Verbreitung gefunden hat. Hedin erkennt den literarischen Wert des Buches an, führt aber den Nachweis, daß es in keiner Weise den Wert einer Reisebeschreibung hat, den der Verfasser des Werkes dafür in Anspruch nahm.

Möbelschreiner. 2 bis 3 tücht. Möbelschreiner finden dauernde Beschäftigung bei Martin Koch, Möbelfabrik, Nagold (Württemberg).

Wir suchen für sofort tüchtigen, [illegible] **Modelltischler**, der an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist. Offerten mit Zeugnisabschriften, Lebenslauf u. Gehaltsansprüchen erb. an Neustettiner Maschinenfabrik, Gebr. Brandenburg, Neustettin.

Tüchtige Tischler sucht durch Arbeitsnachweis Dessau Dessauer Waggonfabrik, A.-G., Dessau. Dem Angebot sind Zeugnisabschr. beizufüg.

Suche für meinen Sohn, 15 Jahre alt, eine Stelle als **Tischlerlehrling** in kleiner Stadt oder auf dem Lande. Möglichst auf Möbel- und Bauarbeit. Karl Korte, Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee 259.

2 tüchtige Tischler für gute eichene Möbel, davon muß einer guter Polierer sein. Alter nicht unter 25 Jahren. Einstellung sofort und bei gutem Verhalten für dauernd. Lohn zurzeit 74 Pf. Otto Spiegel, Möbelfabrik, Naumburg a. d. S.

Einige perfekte Tischler [illegible]

Wir suchen mehrere **Möbel- und Bauschreiner** für feine Qualitätsarbeiten [illegible] einen tüchtigen Maschinenschreiner, der gleichzeitig das Schleifen besorgen kann. [illegible] Holzkunst im Handwerk, Werkstätten Hans König, Höningen am Rhein.

Stuhlmacher für Sessel und Stühle gesucht. [illegible]

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen erstkl. erfahrenen **Tischler-Polierer** für Sportgeräte, Hockey- u. Tennisschläger, desgl. 1 Tennis-Spanner. Eichwald & Co., Leipzig-Eu.

Mehrere Hobelmacher, speziell für Fausthobel, bei hohem Lohn für sofort gesucht. J. C. Krehn & Söhne, Fürth in Bayern.

2 Maschinen-Vorarbeiter für Glaser- und Schreinerabteilung einer größeren Holzbearbeitungsfabrik in dauernde Stellung gesucht. Offerten unter „G. H. 160“ an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Tüchtigen Beizer sucht sofort Mecklenb. Möbelfabrik, Dömitz an der Elbe.

Suchen zum sofortigen Eintritt für dauernde Beschäftigung 1 tücht. **Möbeldrechsler.** Bezenburger Tischfabrik, Carl Marke, G. m. b. H., Bezenburg an der [illegible]

Vierkant-Drechsler sucht Paul Münch, Holzbearbeitung, Oederan in Sachsen.

Suche für sofort einen tüchtigen **jungen Drechsler.** B. Diesner, Drechslerei, Priebus in Schlesien.

Gelernte Perlmutter-Knopfdrechsler, die im Anbohren erstklassig sind und auf hohen Lohn Anspruch machen können, werden angenommen. Wohngelegenheit nur für ledige Leute vorhanden. Offerten mit genauen Angaben sind zu richten an Meier & Beiter, Perlmutter-Knopffabrik, Stuttgart, Klingenstraße 106.

Spezial-Plattarbeiter bei guten Akkordlöhnen sofort gesucht. Peter Wiesner, [illegible], Groß-Umstadt b. Darmstadt.

Suche für meine Vergolderei und Kunstwerkstätte sofort noch jüngeren **Gehilfen** im Alter von 18 bis 20 J. Richard Denbach, Vergolder, Kassel, Karlsplatz 2.

Ein tüchtiger Korbmacher auf grüngeschlagene und Mattarbeit gesucht. Gustav Grobe, Korbmacherei, Groß-Salze (Elmen).

Korbmacher, perfekte Gestellarbeiter finden dauernde Beschäftigung. Rohrindustrie, Rheinfelden (Schweiz).

Tüchtige **Bürstenholzbohrer** sucht Otto Oelze, Gr.-Ottersleben, Bezirk Magdeburg.

Verbandsmitglieder! Schließt nur Versicherungen ab bei der ***Volksfürsorge***

Polierwatte Christ. Wünschmann, Rabenau in Sa.

NEU! *SOEBEN ERSCHIEN:* *NEU!*

Ladeneinrichtungen

20 Tafeln

mit 70 Abbildungen für Parfümerien, Drogerien und Apotheken, Friseurgeschäfte, Kolonialwaren- und Zigarrengeschäfte, Einrichtungen für Sportartikel- und Schuhwarenverkauf, Putz-, Hut- u. Konfektionsgeschäfte, Porzellangeschäfte sowie Konditoreien, Cafés, Restaurants, Bureauräume. Vorlagen für Schaukasten.

Preis einschl. geschmackvoller Mappe 16 Mark.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H.
Berlin SO 16, Am Kölln.Park 2. Postscheck: Berlin, Nr. 25397

Ia **Tischler-Hobelbänke** preiswert zu verkaufen. Otto Unger, Rothenkirchen im Vogtland.

Tischlerschule Blankenburg (Harz) Progr. g. Rückporto.

Schlagmetall kauft Koll. Willi Otto, Vergolder, Berlin SO. 16, Köpenicker Str. 115.

Tischlerfachschule Ilmenau in Thür. Ausbildung schnell und gründlich!

Leim- u. Furnieröfen fertig. als Spezialität (Prosp. gratis) Gebr. Bettinger, Freiburg i. B. 1

Stuhlflechtrohr!

Beste, ergiebigste Qualität.

Halbgl. rotband	Nr. 2a	3a	4a
pro Pfund Mk.	4.20	4.—	3.80

Bei 9 Pfund portofrei, liefert sofort Walther, Dresden-N., Rehefelderstr. 53.

Eingelegte Furniere (Intarsien) für Schatullen, Nähtische, Schlafzimmer usw. Musterbogen gegen 40 Pf. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungsschreiben. E. Biller, Heidelberg, Theaterstr. 7.

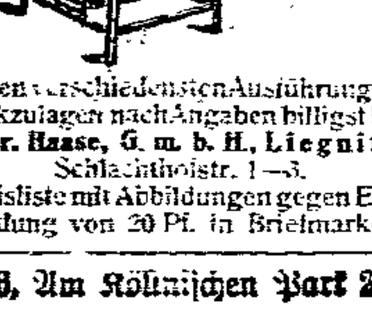
Emailleweiß für Innen . . . . . . 1 Mk. p. kg. Postkannen gegen Nachnahme. Chem. Fabrik Rud. Oehlke, Berlin SO 116, Lübbener Straße 1.

Bildhauer- u. Stuhlbauer-Werkzeug unter Garantie liefert Fritz Pfotenhauer, Rabenau i. Sa.

Der beste Putzhobel

mit nachstellb. Keil ohne Pockholzsohle 6,50 Mk. m. echt. Pockholzsohle 9,50 Mk. frk. Nachn. Gebrauchsfertig. Garantie. Sämtl. Tischlerwerkzeuge. Katalog mit Preisen gratis. Werkzeugfabrik M. Hiessinger in Nürnberg

Tischlerei-Leim- u. Furnieröfen



in den verschiedensten Ausführungen. Zinkzulagen nach Angaben billigst bei Gebr. Haase, G. m. b. H., Liegnitz, Schlachthofstr. 1—3. Preisliste mit Abbildungen gegen Einsendung von 20 Pf. in Briefmarken.

Rose's Handwagen!

Beste Stellmacher- u. Schmiedearbeit.

Länge:	80	90	100	110	120 cm
Leiterw.:	17	18	20	23	28 Mk.
Kastenw.:	—	19	21	24	29 Mk.

ausschließlich Fracht gegen Nachnahme oder Vorauskasse. Falls ich am Wohnort des Interessenten einen Wiederverkäufer habe, so erfolgt Verweisung an diesen. KURT ROSE, Zeitz.

Original-Englische Drechsler-Werkzeuge
Englisch. Bildhauer-Werkzeuge
Werkzeug-Neuheiten für Tischler. Preise gratis, empfiehlt
Otto Bergmann. Werkzeug-Versand-Geschäft. Berlin-Lichterfelde-West. Zehlendorfer Straße 33.

VORTEILHAFTES ANGEBOT:

Reißzeuge für Zeichner und Fortbildungsschüler. Bestes Fabrikat!

Nr. 144 Messing vernickelt, neunteilig . . . . 6.75 Gmk.
Nr. S VIII Messing vernickelt, zehnteilig . . . . . . 9.— Gmk.
Nr. S X Messing vernickelt, zwölfteilig . . . . 13.50 Gmk.

Unser Reißzeug Nr. 144 enthält:

1 Stechzirkel, 1 Zirkel mit auswechselbaren Teilen, 1 Nullenzirkel, 1 Verlängerer, 1 Ziehfeder und sonstiges Zubehör.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G.m.b.H., Berlin SO 16, Am Kölln. Park 2.

Druck und Verlag: Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, G. m. b. H., Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2